

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Der Arbeiterkampf in Holland.

Die Lage in Holland hat sich in der schärfsten Weise zugespitzt. Nachdem sich die Regierung getreu ihrem Charakter als Exekutionsorgan der herrschenden Klassen unter dem fadenstichigen Wortband der Sicherung des Verkehrs in der provocierendsten Weise auf die Seite der Eisenbahngesellschaften geschlagen hat, rüsten sich auch die Arbeiter mit fieberhaftem Eifer, um den fribol herausbeschworbenen Kampf aufs neue aufzunehmen zu können.

Die holländische Regierung ist bei ihrem Vorgehen vom Geiste unfreies Dudge befeelt: Sie will die Organisationen der Arbeiter zertrümmern, sie will die Eisenbahnproletarier ihres Koalitionsrechts berauben, sie will den Aktionären der Eisenbahn-Gesellschaften dazu verhelfen, „Herr im Hause zu sein“ und gleich einem preuchischen Eisenbahngeneral ihre „Untergebenen“ durch homöopathische Dosen von Zuckerdrot und umso herbere Portionen Peitsche despotisch zu regieren. Sie hat zu diesem Zwecke zwei Mittel gewählt: Erstlich die Mobilisierung der Truppen, die Suspendierung aller Bürgerrechte, um einen zweiten Waffengang der Eisenbahnarbeiter unmöglich zu machen; zweitens die Schaffung von Gesetzen, die den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht illusorisch machen und ihnen die Waffen des des übrigen Arbeitern gewährleisteten Rechts des kollektiven Ringens um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen aus der Hand schlagen sollen.

In welcher Weise man die Truppen gegen die zu neuem Aufstand sich rüstenden Proletarier mobilisiert und dressiert, davon geben die unten mitgeteilten Nachrichten ein anschauliches Bild; welcher Art die gesetzlichen Maßnahmen sein werden, durch die man das Eisenbahner-Proletariat entziehen und knebeln will, darüber liegen zur Zeit genauere Anhaltspunkte noch nicht vor. Wir sind nämlich einstweilen nur auf folgendes Telegramm darüber angewiesen:

Haag, 25. Februar. Zweite Kammer. Premierminister Stuyper bringt drei mit dem letzten Zustand der Eisenbahn-Angestellten im Zusammenhang stehende Gesetzesentwürfe ein und betont dabei die Notwendigkeit, einem unermüdlichen Angriffe auf die Gesellschaft, der die Wohlfahrt des Volkes dem Verlangen einer gewissen Klasse nach Einfluß und der politischen Dramen opfern würde, Widerstand entgegenzusetzen. Die Regierung schlägt deshalb die Bildung einer Eisenbahn-Brigade vor, um im Notfall den Eisenbahndienst des Landes zu sichern. Ferner sollen die berechtigten Forderungen des Eisenbahnpersonals befriedigt werden. Endlich soll eine königliche Kommission beauftragt werden, die rechtliche Lage des Eisenbahnpersonals und die Dienstbedingungen für dasselbe zu regeln und festzusetzen, welche Handlungen des Personals strafrechtlich zu verfolgen sind. Der Premierminister fügt hinzu, die Regierung verfolge keinerlei reaktionäre Zwecke, sondern wünsche soziale Reformen.

Die Regelung des Dienstverhältnisses der Eisenbahn-Arbeiter oder besser: die Beschränkung des Koalitionsrechtes derselben soll also der Begutachtung einer königlichen Kommission überwiesen werden. Was dabei herauskommen wird, kann man sich freilich bereits denken. Keines Kommentars bedarf vollends die Schaffung einer Eisenbahn-Brigade, die Schaffung einer staatlichen Streikbrecher-Organisation, durch die die Eisenbahn-Arbeiter der Ausbeutungswillkür der Eisenbahn-Aktionäre auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden!

Das Ideal Duddes soll also in Holland verwirklicht werden! Wahrscheinlich entspringen sogar die holländischen Gesetzesentwürfe der direkten Anregung der preussischen Regierung, der es natürlich ein Dorn im Auge ist, in einem Nachbarstaate Zustände Platz greifen zu sehen, die ihrer kapitalistisch-bureaucratischen Ansicht nach die reine Anarchie darstellen.

Wie sich die holländische Arbeiterschaft zu dem Vorgehen der Regierung verhalten wird, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich wird sich das holländische Proletariat der standalösen Rechtsberaubung eines Teils ihrer Leidensgenossen nicht ohne erbitterte Kämpfe unterwerfen. Wie ungeheuer schwer dieser Kampf freilich sein wird, das beweisen schon all jene unglaublich klingenden Nachrichten über amtlliche Uebergriffe und brutale Rechtsbeugungen, die man bereits im Vorstadium des Kampfes den Arbeitern gegenüber liest.

Wir geben in folgendem eine Schilderung der augenblicklichen Lage:

**Militarismus und Arbeiterbewegung in Holland.**  
Als Anfang dieses Monats die holländische Regierung die Aufgebote unter die Waffen rief, hielt es die Abteilung der Socialdemokratischen Arbeiterpartei in Arnheim für notwendig, ein Manifest unter dem Militär zu verbreiten, worin Auffklärung gegeben wurde über die letzten Ereignisse in der Arbeiterbewegung sowie über den Zweck, den die herrschenden Gewalten mit der Einberufung der Mannschaften verfolgen, und zum Schluß eine Resolution des Hauptvorstandes des Verbandes der Milizen und Arbeiter-Milizen mitgeteilt wurde, worin der Hauptvorstand seine volle Genehmigung über den günstigen Verlauf des Streiks der Transportarbeiter und Eisenbahner auspricht und, wie es weiter heißt, „anderrücklich erklärt, daß gegebenenfalls die kämpfenden Arbeiter auch auf das Solidaritätsgefühl der Milizen und Arbeiter-Milizen rechnen können, und daß zugleich alle möglichen Vorkehrungen getroffen werden sollen, um diesen Zweck zu erreichen.“ Mitbürger, möge der Kampf der Arbeiter für mehr Lebensglück, für ein besseres Los ihrer Frauen und Kinder uns mit Sympathie erfüllen.“

Bei der Verbreitung des Manifestes vor einer Kaserne wurde der Lehrer Van Putten auf Veranlassung des diensttuenden Kapitäns zur Polizeiwache gebracht und Anklage gegen ihn erhoben. Die noch übrigen Flugblätter wurden ihm abgenommen. Die An-

klage ist bis jetzt nicht erhoben worden; man wird wohl inzwischen erlernet haben, daß sie unhaltbar ist. Damit aber gaben sich die militärischen Autoritäten nicht zufrieden, sie richteten ein Schreiben an den Bürgermeister, um dadurch eine Bestrafung herbeizuführen. Nun wurde nicht nur Van Putten, sondern auch die beiden Lehrer A. Geertsma und H. Geertsma, die als Vorsitzender und als Sekretär der Arnheimischen Abteilung der Arbeiterpartei das Manifest unterzeichnet hatten, vor ein Tribunal geladen, das aus dem Bürgermeister, Magistrat und dem Arrondissement-Schulenaufseher zusammengesetzt war. Zu dem Verhör war nicht davon die Rede, daß die Angeklagten sich gegen irgend ein Gesetz vergangen haben sollten, sondern nur davon, daß sie sich als Lehrer schuldig gemacht hätten. Am 20. Februar haben dann Bürgermeister und Magistrat das Urteil verkündet, das lautet: 1. die genannten Lehrer für die Zeit eines Monats zu suspendieren; 2. ihnen mitzuteilen, daß, wenn sie sich nochmals Thaten zu schulden kommen lassen, die dem öffentlichen Unterricht schaden, der Bürgermeister und Magistrat beim Gemeinderat beantragen werde, sie zu entlassen.“ — In der langen Begründung des Urteils wird unter anderem gesagt, daß die Eltern davor zurückschauern könnten, wenn sie ihre Kinder in den öffentlichen Schulen leuten anvertrauen sollten, die derartige Schriftstücke verbreiten. Beschlossen wurde noch, einen Auszug des Urteils dem beschwerdeführenden Regiment-Kommandanten zuzustellen. —

**Eine Protestversammlung gegen die Einberufung der Aufgebote von 1900 und 1901** hatte der Verband der Milizen und Arbeiter-Milizen am Montag in Amsterdam veranstaltet. Nach Referaten von J. van der Goot und Henriette Roland-Holst wurde eine Resolution angenommen, durch die die militärischen Maßnahmen für unnötig erklärt werden und die Milizen aufgefordert werden, sich zu organisieren. —

**Die Gerüchte über eine Einmischung Deutschlands** werden zwar von der Berliner „National-Zeitung“ als aus der Luft gegriffen bezeichnet, jedoch schreibt dem gegenüber der Arbeiter-Magazin von Enschede Van der Zee im „Telegraaf“:

„In wohlunterrichteten Kreisen, und darunter will ich verstanden wissen Kreise, die ein feines Gefühl haben für die Ereignisse hinter den Coulissen und für Strömungen in den obersten Schichten, ist wohl hinreichend bekannt, daß doch etwas vorliegt mit Deutschland; daß die deutsche Regierung durch den Mund ihres Gesandten in Haag unsere Regierung ernstlich an ihre Verpflichtung gemahnt hat, namentlich auch, dafür zu sorgen, daß der internationale Verkehr fortan unbehindert und gesichert bleibt, und ebenso der Postverkehr.“ —

**Der Telegraphenverkehr bei Streiks.** Aus ganz zuverlässiger Quelle erfährt „Het Volk“, daß in der vorigen Woche an alle Telegraphenbureau eine geheime Instruktion verhandelt worden ist, worin bestimmt wird, daß gewisse Telegramme, die mit Streiks in Verbindung stehen, nicht befördert werden sollen! Daß dies so verhält, beweist der Umstand, daß dieser Tage ein Telegramm an den Sekretär des Metallarbeiter-Verbandes in Haarlem, den Streik in der Fabrik von Westerman betreffend, zurückgewiesen wurde. —

**Ein geheimes Paket** soll, wie „Het Volk“ ebenfalls aus ganz zuverlässiger Quelle erfährt, von den Eisenbahn-Direktionen an alle Stationschefs gesandt worden sein. Das Paket soll nur in drei Fällen geöffnet werden, nämlich: 1. wenn der Augenblick gekommen ist, wo ein Streik ausbricht, bevor der Chef den allgemeinen Dienst in Kenntnis setzen konnte; 2. wenn ein Streik ausgebrochen ist; 3. wenn der Chef von der Direktion ein Telegramm erhält, worin ein mündlich mitgeteiltes Südwort enthalten ist.

Dieses Südwort heißt, wie „Het Volk“ gleichfalls erfahren hat, „Autorität“. Das Paket soll unter andrem eine geheime Instruktion für die Stationschefs enthalten. —

**Das Verteidigungs-Komitee**, das am Sonntag durch die Arbeiterverbände gegründet wurde, hat sich konstituiert. Als Vorsitzender wurde J. Dubogee, als Sekretär W. G. Vliegen und als Kassierer G. van Erkel gewählt. An allen Orten, wo Arbeiter-Organisationen bestehen, sollen lokale Verteidigungs-Komitees gebildet werden. —

Unser Amsterdamer Korrespondent berichtet uns über folgende unerhörte Kriegsrüstungen der Regierung:

Es ist ein offenes Geheimnis, daß am Amsterdamer Haupt-Polizeiamte eine Liste vorbereitet ist, mit allen bekannten Namen aus der niederländischen Arbeiterbewegung, in zwei Klassen verteilt, wovon in gewissen Augenblicken die erstklassigen Leiter zuerst die Ehre genießen sollen, zeitweise „unschädlich“ gemacht zu werden. In den Reihen unserer Nachbarn hat man sich eben auf Dinge vorbereitet, die einem gewöhnlichen Sterblichen, der ähnliches thun wollte, sehr läßel zu stehen kämen, — man würde ihn ins Irrenhaus stecken.

Unser Genosse Kent, Zugführer zu Apeldoorn, wurde zeitweilig aus dem Dienst der Eisenbahn-Gesellschaft entlassen, weil er Manifeste verbreitete.

Regierung und Kapital, zwei vereinte Räuber der ersten Bürgerrechte!

Die Regierung hat, zufolge unserm Parteiblatt, den Mitgliedern der Kammer Automobile zur Verfügung gestellt, welche sie vom niederländischen Automobilklub leihen will. Solches für den Fall einer erneuerten Arbeitseinstellung seitens der Eisenbahn-beamten. —

Inzwischen werden unsere Truppen in allen Garnisonen noch regelmäßig im Salvenfeuer geübt, das in den Instruktionen für

Kriegszeiten als unpraktisch abgelehnt ist. Für das haufenweise Niederschießen von für ihre Rechte kämpfenden Arbeitern jedoch, für den Bürgerkrieg, ist dieses Drillen im Massenfeuer ein Rettungsmittel unserer Herrscher.

Schließlich wird noch dem „Tag“ aus Rotterdam unterm 25. Februar gemeldet:

Im ganzen Lande sind jetzt die Bahnhöfe mit Sicherheitswachen von Truppen, Polizisten, Landwehrsoldaten und Freiwilligen besetzt. Es wird kein Umland mehr erteilt. In mehreren großen Städten wird auf Befehl der Regierung die Feuerwehr in Bereitschaft gehalten, um die öffentlichen Gebäude zu schützen. (1)

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar.

##### Der Reichstag.

Heute war es bei Eröffnung der Sitzung so außerordentlich leer um den Großen Saalstrom herum, daß er mit lauter Stimme die Zahl der Anwesenden zu zählen begann; bei „6“ mußte er mit melancholischem Lächeln das Zählgeschäft einstellen. Erst allmählich füllten sich die Bänke etwas, so daß die Präsenzliste eine Lauf der Sitzung auf etwa 60 Abgeordnete stieg.

Die Verhandlungen über das Reichs-Gesundheitsamt nahmen noch eine geraume Zeit in Anspruch. Zunächst wurde das Vorsäure-Verbot von den freistündigen Abgeordneten Zwick zur Sprache gebracht. Die Debatte verlief ganz wie im Vorjahre. Graf Posadowsky erklärte, an dem Gutachten des Reichs-Gesundheitsamts festhalten zu wollen, und fand bei den Abg. Reinhard und Dr. Dertel, der ein besonderer Feind der Vorsäure ist, lebhafte Unterstützung. Auf eine Anregung des Abg. Dr. Müller-Reiningen erklärte der Staatssekretär, daß die Liste der Geheimmittel, die in den Zeitungen nicht durch Inserate angegriffen werden dürfen, nochmals geprüft und veröffentlicht werden solle. Hieran schloß sich ein kurzer Streit zwischen den Abg. Müller-Sagan und v. Waldow über die Tätigkeit der biologischen Abteilung für die Land- und Forstwirtschaft. Bedeutamer war eine Anfrage, die Genosse Schmidt-Frankfurt an den Grafen Posadowsky richtete. Vor zwei Jahren hat der Staatssekretär versprochen, daß eine Abteilung für Wohnungs-Hygiene im Reichs-Gesundheitsamt gebildet werden sollte. Seitdem aber ist alles davon still geblieben. Der Staatssekretär erklärte heute, daß ein solcher Ausschuss bereits zusammengetreten sei, aber noch nicht an die Arbeit hat gehen können, weil das Gesundheitsamt mit einer Fülle anderer Aufgaben belastet sei. Er vertraute auf ein Wohnungsgesetz, das in Dresden in Vorbereitung ist. Aber gerade eine einzelstaatliche Regelung dieser Frage muß großen Bedenken begegnen. Um ein Reichs-Wohnungsgesetz kam man gar nicht herum kommen.

Nach einer unbesessenen Debatte beim Kapitel „Patentamt“ kam das Reichs-Ver sicherungsamt an die Reihe. Der Centrums-Abgeordnete Schmidt-Warburg forderte für die katholischen Invaliden katholische Diakonissen. Graf Posadowsky ludte ihn wegen dieser konfessionellen Schmerzen zu beruhigen, die sonst nur im preussischen Abgeordnetenhaus in solcher Breite vorgetragen werden. Sehr entschieden wandte sich Herr Köstke gegen den Gedanken, die Krankensäle in Andachts-hallen zu verwandeln und konfessionelle Seelensänger in die Heilpflege hineinzuweisen. Er richtete weiter die Frage an den Staatssekretär, ob es richtig sei, daß eine Anzahl Vereins-genossenschaften in Widerspruch zu dem Gesetz Mitglieder des Centralverbandes deutscher Judenischer seien und Beiträge an ihn einrichteten. Eine Antwort wurde darauf noch nicht gegeben. Zum Schluß verteidigte Herr Köstke die Genesungsheime im allgemeinen und die Veeltger Heilanstalt im besonderen gegen den Vorwurf eines verwerflichen Luxus, der von konservativer Seite längst erhoben worden ist. Genosse Wollenbuhr forderte eine Ergänzung der Unfallstatistik, um feststellen zu können, wieviel angemeldete Unfälle mit tödlichem Ausgang ohne Entschädigung bleiben. Außerdem wandte er sich gegen die Spruchpraxis des Reichs-Ver sicherungsamts, das die Unfälle auf dem Wege von und zu der Arbeitsstelle nicht als Betriebsunfälle ansieht. Die Debatte wurde abgebrochen und am Donnerstag vertagt. Vorher sollen Petitionen erledigt werden. Auch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz ist auf die Tagesordnung gerückt. Sie soll an die Reihe kommen, sobald der Etat des Reichsamts des Innern erledigt worden ist. —

##### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die Generaldebatte zum Etat der Eisenbahn-Verwaltung beendet. Die Verhandlungen der letzten Tage haben die öffentliche Aufmerksamkeit offenbar in hohem Grade erregt, denn die Zuschauertribünen, auf die sich sonst höchstens mal bei Regenwetter vereinzelte Spaziergänger flüchten, waren verhältnismäßig gut besetzt. Aber das Publikum kam nicht auf seine Kosten. Eintönig und langweilig zogen sich die Debatten hin. Nur der aus dem Reichkrieg berufene Herr Ring (L.) hatte Mitleid mit den Zuhörern und bereitete ihnen durch eine im Stil eines Schauderromans gegebene Darstellung des angeblichen Terrorismus der Socialdemokratie einige heitere Minuten. Wie schon bei einer früheren Gelegenheit, so listete er dem Hause auch diesmal wieder das Märchen auf, daß die Arbeiter des Baugewerks, die keinen socialdemokratischen Vereinen angehören, stürker-

##### Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Rubrikzeit oder deren Raum 40 Pfg. für vollstellige und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

lichen Drangsalierungen seitens ihrer organisierten Kollegen ausgeübt sind. Er beschwor den Minister, es nicht dahin kommen zu lassen, daß auch in der Eisenbahn-Verwaltung, ähnlich wie im Baugewerbe, die Arbeiter die Herrschaft haben und Singer, Stadthagen und Bebel die Kontrolle ausüben. Herr Ring geht noch etwas weiter, als Herr Budde, er will, daß nur solche Arbeiter im Staatsdienst thätig sind, die auf christlich-monarchischem Boden stehen. Andersgläubige haben also nach Ansicht dieses frommen Mannes, der ja auch im Weltkrieg Gottes Hilfe umsonst ersuchte, im preussischen Staate keine Existenzberechtigung.

Gegen diese Scharfmacherpolitik legten nur noch die Abgeordneten Gothein (fr. Vg.) und Goldschmidt (fr. Vp.) Protest ein. Im übrigen ließ der Minister keinen Zweifel darüber, daß an eine Herabsetzung der Personentarife auf absehbar Zeit nicht zu denken sei; er fürchtet davon einen zu großen finanziellen Ausfall. Wer jedoch glaubt, daß Herr Budde principieller Gegner jeder Reform ist, der thut dem Manne bitter Unrecht. Er ist bereit, die Heizvorrichtung zu ändern, für eine größere Sauberkeit in den Zügen zu sorgen und das Reichs-Wirtschaftsbuch immer vollkommener zu gestalten. Mehr kann man wahrhaftig nicht verlangen.

In der Specialdebatte, die am Donnerstag fortgesetzt wird, werden eine Reihe lokaler Wünsche zur Sprache gebracht, die der Minister „wohlwollend“ zu berücksichtigen verspricht.

### Macedonien.

Die der türkischen Regierung von dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Vorkämpfer überreichte Note betreffend Reformen in den Vilajets Salonik, Kofowo und Monastir lautet:

Die österreichisch-ungarische und die russische Regierung, von dem aufrichtigen Wunsche befeuert, die Ursachen der seit einiger Zeit in den Vilajets von Salonik, Kofowo und Monastir herrschenden Unruhen zu beseitigen, sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieses Ziel nur durch Reformen erreicht werden kann, welche eine Verbesserung der Lage der Bevölkerung in jenen Vilajets herbeizuführen geeignet sind. Die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Rußland haben indessen geglaubt, daß es im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den erwähnten Gegenden von höchster Wichtigkeit war, die neuerdings getroffenen Anordnungen zu ergänzen, und von diesem Gedanken geleitet, sind sie übereinstimmend zu der Ansicht gelangt, daß es notwendig ist, der kaiserlich-ottomanischen Regierung die Anwendung gewisser Maßregeln zu empfehlen, welche sich folgendermaßen resumieren lassen:

Um den Erfolg der dem General-Inspektor anvertrauten Aufgaben zu sichern, wird dieser auf seinen Posten für eine Reihe von Jahren, welche im Voraus zu bestimmen ist, erhalten und vor Ablauf dieser Periode nicht abberufen werden, ohne daß die Mächte vorher darüber zu Rate gezogen worden sind. Er wird das Recht haben, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe es erfordert, über die ottomanischen Truppen zu verfügen, ohne in jedem einzelnen Fall an die Centralregierung herantreten zu müssen. Die Salis werden verpflichtet sein, sich den Anweisungen des General-Inspektors streng zu fügen.

Für die Reorganisation der Polizei und Gendarmerie wird die ottomanische Regierung sich des Beistandes auswärtiger Fachmänner zu bedienen haben. Die Gendarmerie wird aus Christen und Muselmanen in einem der Zusammensetzung der Bevölkerung der betreffenden Ortschaften entsprechenden Verhältnis gebildet sein.

Die Feldhüter werden dort den Christen entnommen werden, wo die Majorität der Bevölkerung christlich ist. Mit Rücksicht auf die Befähigungen und Ausschreitungen, unter welchen die christliche Bevölkerung seitens gewisser arabischer Uebelthäter nur zu oft zu leiden hat, sowie in Anbetracht dessen, daß die von letzteren begangenen Verbrechen und Delikte in der Mehrzahl der Fälle unbekannt bleiben, wird die ottomanische Regierung ohne Verzug für die Mittel Sorge tragen, um diesem Zustande ein Ende zu setzen.

Da durch die infolge der letzten Unruhen in den drei Vilajets vorgekommenen zahlreichen Verhaftungen die Gemüter dortselbst erregt wurden, wird die kaiserliche Regierung, um die Milderung der normalen Situation zu beschleunigen, allen Personen, welche wegen politischer Delikte angeklagt oder verurteilt sind, sowie den Angewanderten eine Amnestie gewähren.

Um ein regelmäßiges Funktionieren der lokalen Einrichtungen sicher zu stellen, wird in jedem Vilajet ein Budget der Einnahmen und Ausgaben aufgestellt werden, und die Einkünfte der Provinz, welche von der kaiserlich-ottomanischen Bank zu kontrollieren sind, werden in erster Reihe für die Bedürfnisse der Lokalverwaltung, insbesondere die Bezahlung der Civil- und Militärgelde, bestimmt sein.

Die Art der Erhebung des Zehnten wird abgeändert und die Generalverpachtung abgeschafft werden.

Der Petersburger „Regierungsbote“ veröffentlicht folgendes Communiqué: Angesichts der äußerst beunruhigenden Lage beauftragte der Kaiser den Minister des Aeußeren, anfangs Dezember Belgrad und Sofia zu besuchen und dort im Namen des Kaisers eine Mitteilung folgenden Inhalts zu machen:

Nach wie vor sind Rußlands Bemühungen darauf gerichtet, die Fortschritte zu den jüngsten Reformen in den drei europäischen Vilajets zu veranlassen. Es ist daher unerlässlich, daß die slavischen Staaten ihrerseits die nur möglichen Maßnahmen zur Wahrung der Ruhe auf dem Balkan treffen und den revolutionären Absichten Widerstand entgegensetzen. Nur so können sie auf Ausbruch rechnen.

Der König von Serbien und der Fürst von Bulgarien beklagen sich, dem Grafen Lambdorski zu versichern, daß ihre Regierungen bemüht sein würden, die fernere Agitation zu unterdrücken. Graf Lambdorski reiste von Belgrad nach Wien, wo zwischen den beiden Ministern des Aeußeren gemäß dem Abkommen von 1867 besondere Beratungen stattfanden. Dieselben endeten mit der Feststellung der Hauptgrundlage der geplanten Reformen in den drei Vilajets. Anfang Januar wurde das Programm den Vorkämpfern Rußlands und Oesterreich-Ungarns in Konstantinopel mitgeteilt. Nach Beratung der lokalen Verhältnisse sollten sie ein ausführlicheres Reformprojekt für die drei Vilajets anarbeiten. Nach Genehmigung desselben durch beide Regierungen wurde dasselbe am 17. Februar den Signatarmächten vertraulich mitgeteilt mit dem Ersuchen, im Falle der Billigung, Rußland und Oesterreich-Ungarn bei der Fortsetzung zu unterstützen. Frankreich, Italien, Deutschland und England drückten ihre volle Bereitwilligkeit dazu aus.

Das Wiener „Freundenblatt“ bespricht die Reformvorläufe für Macedonien und erklärt, dieselben stellen eine weitere Etappe in der Entwicklung der Frage vor, mit der sich die österreichisch-ungarische Regierung vermög der geographischen Lage der Monarchie und des Interesses, das diese infolge dessen an den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel hat, schon seit längerer Zeit zu beschäftigen in der Lage war. Die von Oesterreich-Ungarn in Konstantinopel mitgeteilten Vorläufe, welche die übrigen Signatarmächte ohne Högeren zustimmen und die nimmere auch die Genehmigung des Sultans fanden, umfassen alle jene Fragen, die seit langem als die Grundursache der heutigen Zustände erkannt werden, und sind geeignet, wirkliche Abhilfe zu schaffen. Politische Umwälzungen und Unternehmungen, welche auf eine revolutionäre Umgestaltung der Dinge gerichtet sind, können auf eine Unterstützung von vornherein nicht rechnen. Wenn sich die Bevölkerung trotz wiederholter Abmahnungen außerhalb des Gesetzes stellt und vor Komittees hinhinzieht, den Kampf um ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, so handelt sie auf ihre eigene Verantwortung und

Gefahr. Niemand wird der Türkei in die Arme fallen, wenn sie in Ausübung gerechter Notwehr die ausländische Bewegung gewaltsam unterdrückt. Die Maßregeln, welche die Türkei ihre Zustimmung erteilt, sind positive Ceremonien, für deren gewissenhafte Durchführung die Mächte sorgen werden. Durch achtungsvolles Aufeinanderwachen aller beteiligten Faktoren wird es hoffentlich gelingen, die friedliche Beilegung einer Frage zu erzielen, deren gewaltsame Lösung geeignet wäre, unberechenbare Konsequenzen nach sich zu ziehen.

## Deutsches Reich.

### Nebel und Bibel.

Der Brief des Kaisers an seinen Freund Holmann spielte in dem Gedanken, daß der Streit über die Grundfragen der Religion nicht vor die Laien gehöre, denen die Religion erhalten werden müsse. Es ergiebt jedoch diesem Kaiserbrief wie mancher andern kaiserlichen Anrede, daß er das Gegenteil dessen erzielt, was er bezweckt. Der Brief beginnt den Streit der Theologen und Religionshistoriker erst recht zu entfachen und es kann nicht ausbleiben, daß der Wiederhall des Streites in die Latentwelt dringt, die besonders sorgsam darauf bewacht bleiben sollte.

In den „Preuss. Jahrbüchern“ nimmt Professor Harnack, der Vorkämpfer der „liberalen Theologie“, das Wort. Professor Harnack ist, gleich Deligisch, häufig vom Kaiser herangezogen worden. Er bespricht jetzt den Kaiserbrief unter vielfachen Verneinungen vor den loblichen Absichten des Kaisers. Zwar erklärt er die Abstammung mancher Mythen und Legenden des alten Testaments aus Babylon für längst erkannt; zwar bewirft er die landläufige Vorstellung von der Inspiration des alten Testaments; zwar wendet er sich gegen die Durcheinanderwirrung wissenschaftlicher Ergebnisse und religiöser Glaubenssätze, gegen die zweierlei Offenbarung des Kaiserbriefes, gegen die strenge Formel „Gottheit Christi“, gegen die „Formeln, die wie Schwerter starren“, gegen „eine lange Geschichte voll von Mißverständnissen“ — aber Professor Harnack schließt seine Betrachtung

„Grafsm und Mut, Aufrichtigkeit gegen sich selbst, Freiheit und Liebe — das sind die Nebel, welche die Last heben werden. In den Dienst dieser hohen Aufgabe hat sich auch das kaiserliche Schreiben gestellt.“

Der Kaiserbrief aber teilt das Gesicht der Bibel, von deren Schätzung und Auslegung er handelt. Wenn der liberale Theologe Harnack, zwar unter einigen Einwendungen, den Kaiserbrief für sich in Anspruch nimmt, so nicht minder die orthodoxe Theologie. Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, datiert aus Frankfurt a. O., vom 1. Juni 1900, aus der Feder eines Herrn v. Hergberg, der sich als Generalleutnant a. D. zeichnet, dem das Kriegsministerium jedoch die orthodoxe Frömmigkeit nicht beeinträchtigt hat. Für diesen Streiter des unerschütterten Glaubens ist das Kaiserwort an Holmann eine wahrhafte „Offenbarung“; es ist nicht zu zweifeln, daß der fromme Generalleutnant a. D. ohne Zaudern bereit ist, der Reihe von Verfassungsveränderungen, in denen sich, nach dem Kaiser, die göttliche Offenbarung besonders stark gezeigt hat und die ihren Abschluß in Wilhelm dem Großen fanden, den Kaiser selbst anzufügen. Der theologische Soldat sagt:

„Wenn auch die Angriffe, die neuerdings eine hochmütige Wissenschaft von Vadel aus gegen die Bibelfeste unternommen, von verschiedenen Seiten wissenschaftlich mit gutem Erfolge zurückgewiesen worden sind, den rechten, wirksamen Gegenstoß hat doch erst das Kaiserwort gebracht.“

Nur mit solchen Kräften kann der Sieg errungen werden, nur auf solchem Boden kann ein Glaubensbekenntnis erwachsen, wie es Se. Majestät der Kaiser in Wittenberg, Jerusalem und Aachen zur Ehre der Christenheit öffentlich abgelegt hat.

In der ganzen umfangreichen Literatur, die „Nebel und Bibel“ hervorgebracht hat, ist wohl kein Wort von so tief einschneidender Bedeutung, wie dieses Kaiserwort.

Der Generalleutnant sagt dann seine Ansicht zu den Behauptungen Deligischs und es ist wahrlich von kulturhistorischem Interesse, diese Äußerungen festzuhalten. Er erklärt:

„Neben alle Fortschritte auf ägyptologischen, ägyptologischen und jedem andern wissenschaftlichen Gebiete wollen wir uns herzlich freuen, unsere Bibel aber soll man uns nicht antastet; von der lassen wir uns auch nicht ein Wort nehmen. Denn wir halten die kanonischen Schriften vom Anfang der Genesis bis zum Ende der Apokalypse für Gottes untrügliches Wort, das den Propheten, Aposteln und Evangelisten von dem dreieinigen Gotte inspiriert worden ist. Altes und Neues Testament machen hierin keinen Unterschied; es ist überall dieselbe Gottesoffenbarung mit keinem andern Zweck und Ziel, als die Verheißung und die Erfüllung der Erlösung des Gottesvolkes.“

Mit der Irrefolgslosigkeit der heiligen Schrift steht und fällt unsere ganze evangelische Lehre.

Der Brief des Kaisers erfüllt das wunderbare Gesicht, zugleich den Beifall der Liberalen und der Orthodoxen zu finden! Jeder findet sein Teil darin.

Und man muß den Brief politisch ausbeuten! Auch dies ist ein Kennzeichen des theologischen Excites, der gewiß nicht ohne Zusammenhang mit den allgemeinen Kulturfragen steht. Am plumpsten betreibt die orthodoxe Seite die Ausnutzung des Kaiserbriefes für reaktionäre Zwecke. Der Generalleutnant findet weiterhin:

„Wir leben in einer Zeit der Mission. Sie kommt es aber, daß trotzdem die Gottlosigkeit in so erschreckender Weise zunimmt? Woher die vielen Straßenpaltungen und Absonderungen? Woher die vielen Vertreter des Halbgläubens, denen entweder die Kraft zum Glauben oder der Mut zum Unglauben fehlt, und die gleichzeitig zwischen Herren dienen wollen? Woher der zunehmende Mangel an Autorität, der schon jetzt soweit geht, daß große Massen, darunter Männer, die zur Mitarbeit an der Gesetzgebung berufen sind, Gott und dem Kaiser öffentlich den Krieg erklären? Woher der jämmerliche Opportunismus, der nichts von Prinzipien weiß, sondern die Dinge von Fall zu Fall nach den persönlichen Interessen behandelt? Wie kommt es, daß die verderblichen liberalen Anschauungen, die dem Bösen nicht zu wehren vermögen und überall freie Bewegung gestatten, sei es für die Anschläge des Judentums, sei es für die Verirrungen einer ungläubigen Theologie, sei es für die hochverräterischen Bestrebungen der Socialdemokratie, immer weiter in unserem Volk fortdauern?“

Woll in unserm Volke die feste Burg des Gotteswortes erschüttert ist, und die gute Wehr und Waffen stumpf geworden sind. Durch den Zweifel an der absoluten Wahrheit der heiligen Schrift haben wir den radikalen Maßstab und die sichere Hilfe verloren, die uns zur Korrektur der eignen Tünde und zur Abwehr der Schäden in Haus, Schule, Kirche und Staat, durch das untrügliche Gotteswort notwendig sind.“

„Gott und der Kaiser“ bedeutsam zusammengestellt — so gedenkt die christliche Orthodoxie den Kaiserbrief auszunutzen gegen die „freie Bewegung“, gegen die „Verirrungen einer ungläubigen Theologie“, gegen die hochverräterischen Bestrebungen der Socialdemokratie!

Der wahre, wenn auch noch so unbeabsichtigte Erfolg des Kaiserbriefes kann ja nur sein, daß die Laien erkennen, wie in unfern Zeiten auch religiöse Fragen im letzten Grunde nur als Mittel dienen zur Verfolgung politischer und sozialer Unterdrückungsbestrebungen.

Ein konservativer Delegierter ist für den 25. März einberufen worden. v. Loebell, der Brandenburger Durchfalls-Kandidat, wird über Organisation und Wahlen referieren. Limburg-Stirum spricht über die allgemeine politische Lage, Graf Mirbach über die Wirtschaftspolitik (Korrespondent ist Graf Mirbach).

über Socialpolitik wollen sich Freiherr v. Nächsthosen-Werfshäus und als Korrespondent Dr. Klasing verbreiten.

Zu der Handelskammer-Frage werden also an erster Stelle die unvermeidlichen 7/8 Mark-Vollner zu Worte kommen; das beweist die Bestellung des Grafen Mirbach zum Referenten. Daneben wird Herr v. Kamig die Kardorff-Pläne blasen. Die nonverbale werden sowohl in raubem Dur wie in gedämpftem Moll die Politik des Bundes der Landwirte begleiten.

Die Kammer-Interpellation. Kultusminister Studt hat dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses nimmere die Mitteilung zugehen lassen, daß er bereit sei, die Interpellation der National-Liberalen wegen der Erzieher-Schulverhältnisse am Montag, den 2. März, zu beantworten. Die Interpellation wird demgemäß an diesem Tage zur Verhandlung kommen.

Die Regierung hat sich der Fall lange überlegt, und auch den National-Liberalen ist es bei der aufgezwungenen Beteiligung ihres kulturkämpferischen Johannistriebs nicht recht wohl, weil die Schwarzgen doch ihre Zoll- und Wahlbrüder sind.

Hinter dem Busch des Drei-Klassen-Wahlrechts haben die preussischen Minister den Mut äußerster Rückständigkeit. Die Schändlichkeiten des Eisenbahn-Generals Budde gefallen den Stenographen und ihrer Korrespondenz ausnehmend. Das partei-antilige Organ bemerkt:

Der „Vorwärts“ schämt sich vor Mut über dieses Auf-fahren schwersten Gehässes gegen die Organisationsbestrebungen der Eisenbahnarbeiter. Die Socialdemokratie ist im Reichstage allerdings an eine mildere Behandlung gewöhnt. Die deutsche Bevölkerung aber wird die Erklärung des Eisenbahnministers denn doch mit besonderer Befriedigung aufnehmen, gerade weil dadurch die Besorgnis einigermaßen verringert wird, als solle grundrätlich ein neuer Kurs in der Behandlung der Socialdemokratie eingeschlagen werden.

Der Unterschied in der socialpolitischen Intelligenz ist allerdings auffällig. So wenig entwickelt sie auch im Reichstage sein mag, so verfinstertlich wie im preussischen Abgeordnetenhause ist sie allerdings dort dank der socialdemokratischen Erziehung nicht mehr.

Dann bieten die unerzogenen preussischen Minister in dem socialistischen Hause ein in der That jämmerliches Bild. Aber wir hoffen bald auch im Abgeordnetenhause unsere Erziehungsarbeit zu beginnen, und dann wird sich selbst ein preussischer Minister genieren, im Budde-Stil zu schnarren.

Polizeiliche Regelung des Feuerlöschwesens. Dem Landtage ist folgender Gesetzentwurf zugegangen:

Durch Polizeiverordnungen können Vorschriften über die Einrichtung des Feuerlöschwesens, insbesondere über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden, zur Bedienung der Lös- und Rettungsgeräte und zur Befreiung der erforderlichen Gewanne, über die Einrichtung von Feuerwehren aus den freiwillig thätigen Personen und über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden in benachbarten Gemeinden, getroffen werden.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Die Berliner Politischen Nachrichten behaupten, daß die Eisenbahnarbeiter ein Koalitionsrecht nicht haben, weil auf Eisenbahnunternehmungen die Gewerbe-Ordnung nicht Anwendung findet, für Eisenbahnarbeiter also der § 152 der Gewerbe-Ordnung gar nicht Platz greift.

Das ist ein schwerer juristischer Irrtum Schweinburgs. Allerdings gilt weder der § 152 noch — was er merkwürdigerweise vertritt — der § 153 der Gewerbe-Ordnung, der die Strafbestimmungen enthält, für die Eisenbahnarbeiter. Daraus aber folgt nicht eine Beilegung des Koalitionsrechts der Eisenbahner, sondern eher das Gegenteil. Das Koalitionsrecht wird nicht durch die Gewerbe-Ordnung gewährleistet, sondern ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen erlaubt, weil es nicht verboten ist und außerdem in Preußen verfassungsmäßiges Grundrecht. Die Gewerbe-Ordnung thut nichts weiter, als alle Straf- und Verbotsbestimmungen für die ihr unterworfenen Arbeiter aufzuheben (§ 152) und nur eine bestimmte Kategorie von Koalitionen vorsehen (§ 153) zu fixieren.

Für die Eisenbahnarbeiter giebt es nun keine alten Verbots- oder Strafbestimmungen; sie bedürfen also gar nicht der Aufhebung solcher Bestimmungen; sie haben die absolute Koalitionsfreiheit. So, ihre rechtliche Lage ist insofern besser als die der andern Arbeiter, weil für sie auch die Strafbestimmungen des § 153 nicht gelten, so daß ihr Koalitionsrecht keinerlei Schranken hat.

Bund der Kaufleute. Der Rat des preussischen Handelsministers an den Handelsstand, auch für eine angemessene Vertretung in den Parlamenten zu sorgen, ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Ein „Bund der Kaufleute“ ist in der Bildung begriffen, der nach dem in der „Neuen Hamburger Börse-Halle“ veröffentlichten Programm-Entwurf alle Kreise des Handelsstandes, Groß- und Kleinhandel, Effekten- und Warenhandel, Kommission, Agentur, Vermittlung einseitig, Unternehmer, Vertreter und Angestellte, kaufmännische Beamte und Hilfsarbeiter andrerorts zusammenfassen soll.

Der Bund will parteilos sein und bezweckt unter anderem Einwirkung auf die Wahlen nicht nur zu den politischen Körperschaften, sondern auch zu den allgemeinen Interessenvertretungen, Kommunalverwaltungen, Handelskammern usw. in der Richtung, daß in diese Körperschaften in weiterer Umsange Männer aus dem praktischen Kaufmannstande gewählt werden, welche geeignet erscheinen, die Interessen ihrer Berufskreise sachlich und energisch zu vertreten.

Das ist alles dem Bund der Landwirte höchst nachgemacht. Auch hier soll die Masse der Kleinen mitgehen, der Warenhändler mit dem Kleinen Landwirte, der Großhändler mit seinen schlechthinigen Comptoiristen. Die Herren werden sich vermutlich nach dem Beispiel der Junker, die sich plötzlich mit Stolz Bauern titulierten, nun auch alleamt „Krämer“ nennen.

Wie werden also jetzt auch die Krämer schreien hören, glauben aber, daß bei der Gründung nicht viel herauskommen wird.

Die Geschäftsschulen. Die Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses vertritt über den Antrag des Freiherrn v. Redlich (fr.), die Tradesmer Geschäftsschulen in öffentliche Schulen umzuwandeln. Der Referent stellte den Antrag, die Staatsregierung möge in Erwägung ziehen, ob sich die Umwandlung empfehle, ohne die Interessenten zu schädigen, und möge in der nächsten Session dem Hause eine entsprechende Vorlage machen. Von Seiten der Vertreter der Staatsregierung wurde betont, daß sowohl der Landwirtschaftsminister v. Podbielski wie auch der Unterrichtsminister bereit seien, in eine Verhandlung über die Umwandlung sogar mit Freuden begriffen zu werden. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

Die Durcharmer Bergleute im preussischen Abgeordnetenhause. Als der Abg. Hirsch im Abgeordnetenhause am 19. Februar für Ein- und Ausfahrt in die adäquante Schichtdauer der Bergleute eingetreten war, antwortete ihm der bekannte National-Liberaler Schulz-Voßum nach dem topographischen Bericht:

„Ich glaube nicht, daß er damit die Geschäfte der Arbeiter macht. Ein erwachsener Mensch will über seine Arbeitskraft frei verfügen, und wenn man es ihm verweigert, eine längere Zeit zu arbeiten, wenn man seine Arbeitszeit verliert, so nimmt man ihm damit auch die Gelegenheit, mehr zu verdienen. (Sehr wahr! bei den National-Liberalen.) Sagen Sie nicht, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit wachsend läßt. Gewiß, für die ersten Stunden ist die Leistungsfähigkeit größer als in den letzten. Aber wenn ich 8 Stunden angehalten arbeite, schaffe ich nicht, was in 8 Stunden geschafft wird, wenn auch die sechste und achte Stunde eine abnehmende Leistung haben mögen. Es ist ja eine Thatsache, daß die englischen Bergarbeiter in dieser Frage geteilter Ansicht sind, und daß bedeutende Vereine dieser Arbeiter sich entschieden gegen die gesetzliche Einführung der verkürzten Arbeitszeit verhalten haben.“

Den Bergarbeitern von Durham und Northumberland, die bekanntlich für Dauer schon jetzt eine geringere Arbeitszeit als acht Stunden haben, während gerade ihre jugendlichen Arbeiter länger arbeiten müssen, kann ihre Engländer und Verschämtheit viel härter vorgehalten werden als in dem Lob eines so eingestrichelten

Manchestername wie Dr. Schnly. Das Beispiel der Durham Arbeiter steht in seiner Rede würdig neben den alten Kadettern, die heute von Theorie und Praxis längst überwunden sind. Die Ansicht von der Notwendigkeit des geistlichen Achtstundentages besonders für den Bergbau findet aber keinen Eingang in die von Prof. Knapp geleitete Reihe der Unternehmungen und in die der Durham und Northumberlander Bergleute! Von 750 000 auf dem internationalen Bergarbeiter-Kongress in Brüssel vertretenen englischen Bergleuten stimmten nur 150 000 gegen den geistlichen Achtstundentag — eine mächtige Stille für die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft. —

**Ungeheuer begriffen** ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ Sie hat noch immer den Mut der Einseitigkeit, zu behaupten, daß und „der Vergleich unserer Verhältnisse mit denen der großen amerikanischen Republik überaus peinlich ist.“ Die Gründe, weshalb wir uns je zum Vereidiger einer „Bourgeois- und Geldsack-Republik“ aufwerfen könnten, sind wohl einzig der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekannt. Wir haben dem auch in Wirklichkeit jederzeit mit der größten Schärfe war natürlich nicht die republikanischen und demokratischen Institutionen, soweit sie in Amerika wirklich vorhanden sind, wohl aber deren Mißbrauch durch einen korrupten Geldhändler gegeben. Daß wir die brutale Behandlung freier Arbeiterorganisationen entsprechend kritisiert haben, versteht sich schließlich von selbst, nicht minder scharf haben wir aber auch alle Schattenseiten des sozialen und öffentlichen Lebens der Vereinigten Staaten hervorgehoben: die bestialischen Lynchfälle, die Brutalisierung und Entwürdigung der schwarzen Bevölkerung, die Bestialitäten der amerikanischen Weltpolitik etc. Man sieht, auf welche Thatsachen sich das Gewölk des offiziellen Blattes stützt!

**Ferner bemerkt das Blatt:** „In einer geschraubten Erwiderung auf meine geistigen Bemerkungen richtet der „Vorwärts“ an uns die Frage, ob wir es für möglich halten, daß in Amerika bei einer Präsidentenwahl Staatsbürger oder Ausländer, die die Polizei für Anarchisten erklären, einfach verhaftet und auf 12 oder 24 Stunden eingesperrt werden könnten. Darauf antwortete ich zuversichtlich, daß man in Amerika, wie das genehmigte Anarchistengesetz beweist, ohne weiteres derartige Schutzmaßnahmen ergreifen wird, sobald sich das Bedürfnis geltend machen sollte, gegen verächtliche Individuen Präventivmaßnahmen zu treffen. Es ist einfaß Pflicht der Behörden, Handlungen nach Möglichkeit zu verhindern, deren Begehung unter Strafe gestellt ist. Das amerikanische Anarchistengesetz zeigt, daß man in Amerika vor Beschuldigungen der „Freiheit“ nicht zurückbleibt, wenn die Schrankenlosigkeit zu großem Mißbrauch führt.“

Das offizielle Blatt ist also so dumm, daß es nicht einmal einseht, daß es sich nicht um vage Urteile über das, was einmal kommen könnte, handelt, sondern um wirkliche Vorkommnisse. Trotzdem nun in Amerika wiederholte „anarchistische“ Attentate vorgekommen sind, hat man sich trotz des letzten Präsidentenmordes „zu derartig ungeheuerlichen Polizeimaßnahmen nicht verhalten, wie in Deutschland, wo der Anarchismus dank der Socialdemokratie einfach nicht existiert und wo man nicht einmal den Aufstand eines Epileptikers strafvollziehen konnte. Trotzdem sperren man in Deutschland Leute, deren ganze „Verdächtigkeit“ lediglich in ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse und zur italienischen Nation bestand, 12 oder 24 Stunden ein! Wir geben gern zu, daß eine in ihren Ansehenspraktiken durch eine Klassenkampfbewusste Arbeiterchaft bedrohte Bourgeoisie auch in einer Republik „erzreaktionär“ werden kann, aber solche polizeilichen Praktiken sind doch eben nur in einem so traurigen Polizeistaate möglich wie in Deutschland! —

#### Ein Oberbürgermeister als Aufwiegler.

Im Reichstage führten die Ordnungsmänner aus Anlaß der Forderungen mehrerer socialdemokratischer Abgeordneter über die Interessengegenstände zwischen Arbeiterchaft und Kapitalismus mehr oder minder gut gestellte dramatische Szenen auf. Im Chorus erscholl es: Die Socialdemokratie wolle keine Arbeiterwohlfahrt, wolle keinen sozialen Frieden, wolle keine Ueberbrückung der Gegensätze, ihr Streben gelte einzig und allein der Aufhebung der Arbeiter gegen jedes ernstgemeinte socialpolitische Streben und wie die Tiraden sonst noch lauten.

Wie leicht es aber ist zum Aufwiegler befördert zu werden, das hat der Oberbürgermeister von Essen, als Mitglied des rheinischen Provinzial-Landtages erfahren, als es ihm einfiel, hineinzuleuchten in die Provinzial-Landtage. Die Provinzial-Landtage, speziell der rheinische, haben zu Landratskammern sich ausgewachsen, in denen die Ständeversammlung wieder aufliege. Auf Kosten der Städte wurden feudale Ansprüche erfüllt. Unter Anführung des Essener Oberbürgermeisters machten nun auf dem letzten rheinischen Provinzial-Landtage, der in Düsseldorf tagte, verschiedene Städte gegen die Junkerherrschaft Opposition. Sie tral sofort bei der Präsidenten-Wahl in Erscheinung. Bisher waren solche Wahlen immer durch Zuzug erfolgt und so sollte es auch diesmal geschehen. Graf Ruffenberg-Stammheim war der Erlorone. Man war natürlich verbüßigt, als Herr Zweigert Widerspruch erhob, Zettelwahl verlangte und als Präsidenten den Oberbürgermeister von Köln in Vorschlag brachte. Die Verbilligung verwandelte sich in gräßliche und fürstliche Entrüstung, als bei der Zettelwahl der Graf dem Oberbürgermeister unterlag. Im Laufe der Tagungen kam es dann noch mehrmals zu Zusammenstößen. Bei Beratung des Etats kritisierte Herr Zweigert scharf die Finanzgebarung bei der Provinzialverwaltung; den Löwenanteil der Beiträge hätten die Städte zu zahlen, diese hätten aber keinen maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung, er verlange größere Sparsamkeit. Zu gereizten Auseinandersetzungen kam es bei der Debatte über die Wahl des Landeshauptmanns zwischen den städtischen und junkerlichen Vertretern. Dem diesbezüglichen Landeshauptmann Klein bewilligte man eine Pension von 20 000 M.

In einer andern Sitzung forderte Zweigert die Uebergabe der Provinzialstrafen an die Kreise, die Provinz wirtschaftlich viel zu teuer. Die Landräte hätten nichts zu thun, weshalb sie sich manchmal um Dinge kümmern, die sie nichts angingen. Die Uebergabe der Strafen an die Kreise gebe Gelegenheit, die Herren wenigstens in die Kommunalverwaltung einzuführen.

Besonders hoch gingen die Wogen in der Sitzung am 18. Februar bei der Beratung der Reform der Landesbauämter. Es lag ein Antrag vor, die Zahl der Landesbauämter von 15 auf 12 zu ermäßigen. Herr Zweigert begründet den Antrag und bemerkt: Die Gemeindeverwaltung ist teuer, die Staatsverwaltung ist teurer, am teuersten aber ist die Provinzialverwaltung. Die Verwaltung der Provinzialstrafen belaste den Etat mit 125 Mark Aufwandslofen für den laufenden Bilanzmeter.

Dieser Angriff rief den Landesbauamtman Dr. Klein auf den Plan. Der Mann verliert sein Handwerk, Herr Zweigert wurde der Regierung als Aufwiegler empfohlen; er bemerke: Die Worte des Herrn Zweigert müssen verständig auf die Bevölkerung wirken... bei andern Provinzen sei die persönliche Verwaltung noch teurer wie in Rheinland. Durch solche Vernehmung ließ Herr Zweigert sich nicht abhuten. Er habe nicht allein die rheinische Provinzialverwaltung treffen wollen, die Strafenverwaltung in sämtlichen Provinzen der Monarchie arbeite zu teuer. Auf dem nächsten Provinzial-Landtag werde dafür der Beweis geführt werden.

Die Verhandlungen lehren, hier wie überall versucht, auf Kosten der Gesamtheit Liebesgaben zu schinden und für die Angehörigen der Klasse Frunden zu schaffen; auch lehren sie, wie ein jeder, der gegen die Feudalwirtschaft zu monieren wagt, als Aufwiegler verhasst wird. —

#### Zur Lage in Bayern.

München, 24. Februar. (Eig. Ber.) Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Bayern wird in einem großen Teile der norddeutschen Presse in so düsteren Farben geschildert, daß sich nunmehr bayerische liberale Organe veranlassen sehen, vor einem augen-

großen Pessimismus zu warnen. Wenn sich die ultramontane Presse im Glanze ihrer angeblichen Erfolge beglückseligt fenn, so kann man ihr diese Ausnutzung der Situation gewiß nicht verargen. Die wirkliche Sachlage wird gekennzeichnet durch eine Bemerkung des „Bayerischen Couriers“, der zu der Ernennung des neuen Kultusministers sagt, entscheidend für die Zukunft seien „gute Wahlen“. Das heißt mit andern Worten: Die Regierung wird ultramontan sein, wenn eine Centrumsmehrheit im Landtage scheidet, und sie wird liberal sein, wenn die Liberalen gestärkt aus den Wahlen hervorgehen sollten. Ein derartiger Zustand ist aber beim besten Willen nicht als eine Aenderung des Systems aufzufassen, denn im nämlichen Maße hat auch das Ministerium Crailsheim regiert.

Das arbeitende Volk hat an diesem liberalen Ministerium wahrhaftig nichts verloren. Nicht viel mehr Konzeptionen als bisher können dem Centrum auch in Zukunft nicht gemacht werden. Und im übrigen ist das Ministerium Crailsheim eifrig für alle reaktionären Pläne eingetreten, die in Berlin geschmiedet wurden; es sei nur an das Justizhaus-Gesetz und an die lux. Heize erinnert.

Den neuen Ministerpräsidenten, den ein nicht recht gut unterrichteter Teil der provinziellen Centrumpresse sehr freundlich gewissermaßen als ihren Mann begrüßte, wird jetzt schon in der „Angew. Postz.“ angekündigt, daß man ihn im nächsten Landtage in Verlegenheit bringen will. Das Blatt schreibt: „Der nächste Landtag wird jedenfalls reichliche Gelegenheit geben, den Trägern des neuen Kurzes darüber zu interpellieren, ob der Zustand, daß ein Minister von sog. ultramontaner Gesinnung in Bayern zu den unmöglichen Dingen gehalten zu werden scheint, fortbauern soll.“

Auf die Zeiten eines reinen Centrums-Ministeriums wird man allerdings wohl so lange warten müssen, bis einmal Prinz Ludwig zur Regierung kommt. Für diese Entfaltung soll aber dem Centrum anscheinend ein andres Plaster auf die Wunde gelegt werden. Es geht nämlich das Gerücht, der Ober-Regierungsrat Freyher v. d. Seydte aus dem Kultusministerium, ein Freund des Herrn v. Hertling, soll in die Geheimkanzlei des Regenten berufen werden. Im letzten Landtage beklagte das Centrum durch den Mund des Abg. Geiger, daß sich in der nächsten Umgebung des Regenten niemand befinde, der die Wünsche des katholischen Volkes bei der Krone zu Gehör bringe. Erfolgt die Berufung des Herrn v. d. Seydte wirklich, so soll damit offenbar in Zukunft derartigen Vorwürfen vorgebeugt werden. —

**Oldenburg.** (Eig. Ber.) Der Landtag beschäftigte sich mit einem Antrag des Bürgermeisters Koch-Delmenhorst, welcher bezweckt, das Proportionalwahlrecht für die Städte I. Klasse einzuführen. Der zur Vorberatung eingesezte Ausschuss erweiterte den Antrag dahin, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtag nach Prüfung der Frage auf Einführung des Proportionalwahlrechts eine Vorlage dahingehend zu machen, in allen Gemeinden das Proportionalwahlrecht auf Grundlage des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts einzuführen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Regierung hat zu der Frage keine Stellung genommen, verhielt sich jedoch nicht ablehnend. —

**Altenburg.** (Eig. Ber.) Der Landtag unseres Herzogtums hat seine Arbeiten vorige Woche begonnen und wird nun öffentlich zeigen, was in den Kommissionen geleistet worden ist. Die dem Landtage zugehenden Vorlagen werden nämlich nicht zuerst im Plenum beraten, sondern gehen sofort an eine der ständigen Kommissionen, und was dann dort beschlossen wird, das ist auch maßgebend für die Verhandlungen im Plenum, die somit zu einer leeren Formalität herabgedrückt werden. Zur Beratung steht diesmal die Ausführung des Fleischbeschau-Gesetzes, und die Agrarier sind eifrig bestrebt, die Hausflachtungen jeder Kontrolle zu entziehen. Sie betrachten das als einen Eingriff in die geheiligten Rechte des Hausherrn, der sein Grunde mit Fleiß füttern will, das er sonst nicht bewerten könnte. — Dann ist dem Landtage eine Denkschrift der Pfarrer zugegangen, die mit dem Hinweis auf die gegenwärtigen Lebensmittelpreise höhere Gehälter haben wollen, weil es ihnen jetzt unmöglich wäre, standesgemäß zu leben und ihre Kinder standesgemäß erziehen zu lassen. Ihr Verlangen kleiden sie in die Worte, daß die Unzufriedenheit bei ihnen sich nicht in einem dumpfen Grollen wider Gott und Menschen, sondern nur in einem fröhlichen Aufwärtstreben dokumentiert. Außerdem wünschen sie eine Synode, die den Verfrommungsbestrebungen dienen und die Interessen der Pfarrer wahrnehmen soll. Vor der Reichstagswahl werden die Wünsche der Pfarrer ja nicht mehr in Erfüllung gehen, wenn aber der Landtag im Herbst wieder zusammentritt, dann hat man auf die Stimmung im Lande nicht mehr zu achten und dann wird den Geistlichen das zu einem standesgemäßen Auftreten erforderliche Gehalt schon bewilligt werden. — Vermutlich dürfte es in den nächsten Tagen im Plenum des Landtages auch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Wändlern und der Regierung kommen, wegen der scharfen Abgabe, die der Minister dem händlerischen Reichstags-Abgeordneten v. Wüddau erteilt hat. — Eine besonders große Verstimmung gegen die Regierung herrscht insbesondere in den Kreisen der Lehrer, denn die Regierung hat, um dem Lehrermangel abzuhelfen, einfach bestimmt, daß jeder Lehrer, der auf dem hiesigen Seminar herangebildet wird, fünf Jahre in altenburgischen Schuldiensten bleiben muß, andernfalls hat er dem Staat die Kosten der seminariatischen Ausbildung zu ersetzen. Dieser Bestimmung hat man rückwirkende Kraft verliehen; die mitten im Gramen stehenden Abiturienten hat man einfach vor die Wahl gestellt, entweder zu unterschreiben oder vor bedeutender Prüfung aus dem Seminar auszuschreiben. Verschiedene jüngere Lehrer, die das Land verlassen wollten, können das nun nicht thun und werden die Regierung beim Gericht verklagen. —

#### Wahlvorbereitungen.

##### Sächsisches Kartell.

Die „Nationalliberale Parteikorrespondenz“ für das Königreich Sachsen“ verkündet den offiziellen Wiederabschluss des Wahlkartells aller „Ordnungsparteien“ gegen die Socialdemokratie:

„Der Vorstand des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hatte am vergangenen Sonntag den Landes-Ausschuß nach Dresden einberufen, um mit ihm über den Abschluss des Kartells für die diesjährigen Wahlen zu beraten. Der Ausschuss hat mit allen gegen eine Stimme den mit den Konservativen, den Reformern (Antifemiten) und dem Bund der Landwirte vereinbarten Vertragsentwurf angenommen. Der Wortlaut desselben wird voraussichtlich noch Ende dieser Woche von allen Parteien gleichzeitig veröffentlicht werden. Von seinem Inhalte kann aber heute schon bekannt gegeben werden, daß das Kartell auf die Reichstagswahlen beschränkt bleibt, den einzelnen Parteien also bei den diesjährigen Landtagswahlen freie Hand läßt. Dies wird von allen unfern Gesinnungsgenossen gewiß mit Befriedigung begrüßt werden, denn die auch am Sonntag wieder im Landesausschuß dringend verlangte Reform des sächsischen Wahlrechts liegt ebenso sehr im Interesse des Vaterlandes, als unfer Partei, die in den mit dem jetzigen Wahlrecht unzufriedenen städtischen und industriellen Kreisen ihre Hauptstütze hat. Es wäre deshalb ein Zusammengehen mit der konservativen Partei bei den Landtagswahlen nur möglich gewesen, wenn auch diese das Bedürfnis nach einer Wahlrechtsreform als berechtigt und zeitgemäß anerkannt hätten. Doch schreite bis jetzt für diese Annahme jede thatsächliche Grundlage.“

In Sachsen besteht zwar für die Reichstagswahlen seit langem das Kartell der bürgerlichen Parteien — außer der fast gänzlich verschwundenen freisinnigen Volkspartei —, aber unter den jetzigen politischen Zuständen ist dies Kartell für die Nationalliberale Schimpflicher denn je. Während das Kartell früher vorwiegend mit zum Teil wenigstens gemäßigteren Konservativen abgeschlossen wurde, bedeutet es jetzt eine Abdankung der nationalliberalen

Partei vor dem Bund der Landwirte und der Antifemiten. Beispielsweise bedeutet das Kartell für die Nationalliberalen in den sächsischen Hauptstädten, daß sie für einen Antifemiten eintreten sollen, einen Anhänger der sogenannten „Reform“-Partei, deren Reformpolitik darin besteht, daß sie den Antrag Kardorff zum Zollgesetz ablehnen, weil dieser Antrag nicht den 7,50 Mark-Zoll auf Brotpreis forderte! Wie mag den Industriellen und Kaufherren in Dresden zu Mute sein, daß sie für die Kandidaten einer Partei stimmen sollen, welche Industrie und Handel in ihren elementaren Interessen aufs äußerste schädigt!

Für die sächsischen Landtagswahlen soll das Kartell nicht gelten. Auf einem Boden, wo man durch das schmählische Anrecht der Wahlentziehung vor der Socialdemokratie geschützt ist, da will man mit den Konservativen und den andern Kartellgruppen laufen. Aber bei Reichstagswahlen will man mit denselben Parteien einig in die Schlacht gehen. Die nationalliberale Partei in Sachsen wird sich nicht wundern dürfen, wenn sie durch solche lächerlich zweipaltige Politik ihre eignen Anhänger — soweit sie deren noch besitzt — fertig macht und von sich scheidet.

Die „Nat.-Ztg.“ klagt über die verderbliche Politik ihrer sächsischen Parteigenossen, die dazu geführt habe, daß die nationalliberale Partei, um die Ausmerzung der Socialdemokratie aus der Abgeordnetenkammer zu erreichen, sich selbst zur Bedeutungslosigkeit verdammt habe. Das Eingehen des Kartells für die Reichstagswahlen bedeute die Fortsetzung dieser selbstmörderischen Politik. Eine Aenderung zum Besseren hofft die „Nat.-Ztg.“ nur noch davon, daß in den Wahlkreisen, wo die Nationalliberalen in erster Reihe in Betracht kommen, neue Männer gewählt werden, die einen Wandel innerhalb der Reichstagsfraktion und der Gesamthaltung der Partei herbeiführen.“ Die „Nat.-Ztg.“ glaubt wohl selbst nicht ernstlich an die geringste Erfüllung solcher Hoffnungen. Die wenigen Nationalliberalen, die im Königreich Sachsen überhaupt als Kandidaten zur Aufstellung gelangen, müssen natürlich, dem Kartellgedanken entsprechend, möglichst wenig liberal sein, um von den andern Parteien eifrig unterstützt zu werden. Der Erfolg des famosen Wahlkartells für die Nationalliberalen kann vielmehr nur sein, daß die Reste des sächsischen Nationalliberalismus gänzlich zusammenbrechen.

Der einzige Kandidat des Kartells wird aber, ebenso wie bisher schon in Sachsen, die Socialdemokratie sein. Das Kartell zeigt der Bevölkerung, daß keine Partei außer der Socialdemokratie vorhanden ist, die auch nur im mindesten freiheldliche und wirtschaftlich-moderne Anschauungen vertritt. —

**Das Wahlkartell.** Aus Schlesien wird uns geschrieben: In Waldenburg in Schlesien ist eine Einigung unter den „Maasbehaltenden Parteien“ erzielt, indem bei dem ersten Wahl-gange ein gemeinsamer Kandidat aufgestellt wird, Herr Dr. Ritter. Centrum und Nationalliberale verzichten auf die Aufstellung eigener Kandidaten. Ob Herr Ritter für der freikonservativen oder der nationalliberalen Partei anzuschließen gedenkt, ist unbestimmt. Die freisinnige Volkspartei ist von dem Handel ausgeschlossen. Ganz wie in dem vom „Vorwärts“ veröffentlichten nationalliberalen Kartellstatut ausgemacht war!

In Gorkis, wo der Freisinn mit einbezogen werden sollte, ist das Kartell gescheitert. Infolgedessen legte der Kompromißkandidat Wilhelm (nat.) die Kandidatur nieder. —

**Aus Baden** wird uns geschrieben: Auch bei uns in Musterlande drohen sich Nationalliberale und bürgerliche Konservative heftig in die Haare zu geraten. Nachdem die Gefolgschaft Wangenheim denen im Wintermonat schon bei den 1898er Reichstagswahlen den 13. Wahlkreis durch einen kühnen Handstreich weggeschnappt hatte, legt sie diesmal in einer ganzen Reihe von Bezirken, so in Heidelberg, Karlsruhe, Bretten-Einsheim, Forstheim, ja selbst in Freiburg mit einer intensiven Agitation ein, die in erster Linie den Nationalliberalen gefährlich zu werden droht. Als Antwort darauf haben diese nun beschlossen, in dem bisher durch den Bündler Lude-Petershausen vertretenen Kreis Bretten-Einsheim durch Aufstellung einer eignen Kandidatur den Versuch zu unternehmen, die Eindringlinge von 1893 wieder aus der Stichwahl mit dem Centrum zu drängen und den in den sechziger und achtziger Jahren stets nationalliberal vertretenen Kreis wieder zurückzuerobern. Darob ist nun zwischen den konservativ-bürgerlichen und den nationalliberalen Freisinnigen des Landes ein erbitterter Streit ausgebrochen, in dem zur Charakterisierung der beiden Bundesgenossen aus dem Zollkampf recht nette Dinge zu Tage gefördert werden. So meint z. B. die Karlsruhe „P. d. P.“, das offizielle Preorgan unfer Konservativen, einen Nationalliberalen könnten ihre Gesinnungsgenossen niemals wählen, der sei heute gouvernemental, morgen social, heute liberal, morgen antiliberal, und man brauche, um die wahre Natur des Liberalismus zu erkennen, bloß seine badiischen Führer anzusehen, die heute Enormeergitionen gegen die Kapuziner inficieren und morgen um augenblicklicher Wahlfortteile willen Toleranz heucheln. Die letztere Spitze ist direkt gegen den Zollhaupteing Wasser mann gerichtet, der im Karlsruhe Kreis die Socialdemokratie unterliegen will, dazu aber der Hilfe des Centrums bedarf. Das konservative Organ läßt ihm nicht den geringsten Zweifel daran, daß man ihn in Karlsruhe seinem Schicksal überlassen werde, falls er es wagen sollte, seine Leute im 13. Kreis gegen die Kandidatur Lude mobil zu machen. Für Wasser mann stehen die Wahlstimmen z. B. außerordentlich schlecht. —

#### Ausland.

##### Das Komitee für Arbeitervertretung.

London, 22. Februar. (Eig. Ber.) Am Sonnabend nahm der Kongress in Newcastle u. a. folgende Beschlüsse an: 1. Das Komitee kann nur die Kandidaten anerkennen, die von den ihm angehörenden Vereinigungen ausgehen und die sich auf die Grundzüge des Komitees verpflichten; die Kandidaten dürfen einzig und allein unter dem Titel: Arbeiterkandidaten bekannt sein. 2. Der Jahresbeitrag zum Wohlfonds beträgt 1 Penny (2,5 Pf.) pro Mitglied. 3. Das Komitee hat nur 25 Proz. der Wahllofen zu tragen. 4. Die Abgeordneten sollen ein Höchstgehalt von je 200 Pfd. Sterling (8000 M.) erhalten. Das Gewerkschaftskartell von West Ham (London) stellte folgenden Antrag: „Das Endziel des Komitees ist der Umsturz des gegenwärtigen auf der Konkurrenz beruhenden kapitalistischen Systems und seine Ersetzung durch ein System von Gemeineigentum an den Produktions- und Verkehrsmitteln.“ Der Antrag wurde mit 295 000 gegen 291 000 Stimmen abgelehnt. In die Leitung des Komitees wurde Richard Bell nicht wiedergewählt, wohl aber seit Hardie und Pete Curran.

##### Frankreich.

Die bekannte Abstimmung Millerands beim Aullobudget ist in der letzten Sitzung der parlamentarischen Gruppe zur Verhandlung gelangt. Aus dem kurzen Sitzungsprotokoll erfährt man aber nichts Näheres darüber; es wird nur mitgeteilt, daß man Millerand (und noch verschiedene andre Deputierte) über seine Abstimmung „gehört“ habe. Im übrigen wird Einstimmigkeit der Mitglieder konstatiert, daß die Partei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Trennung von Staat und Kirche zu betreiben habe. —

In der Bretagne ist es wieder zu neuen tumultuarischen Szenen gekommen, und die Gefahr ist vorhanden, daß die Bauern von Ministere wieder in hellen Anbruch geraten. Es handelt sich jetzt um die Ausweisung der Schwärmer aus ihren Schulen in Saint Mien, in welche dieselben widerrechtlich zurückgeführt sind. Dieser Tage begab sich Herr Morde, der Specialkommissar der Regierung, von Press nach Saint Mien, um den Schwärmern das Dekret vom 1. Dezember zu verlesen, wonach die Schwärmer aus der Schule zu verweisen sind, da ihr Orden aufgehoben ist. Bei der

Stilhaft des Polizeikommissars wurden die Sturmgloden ge-  
läutet, und es liefen gegen 300 mit Stöcken bewaffnete  
Bauern zusammen. Sie drangen in den Schulhof ein und  
suchten dem Kommissar den Weg zu verperren; sie  
beschimpften ihn und drohten, ihn totzuschlagen. Den wenigen an-  
wesenden Gendarmen gelang es mit Mühe, den Kommissar heiter  
Sant bis nach seinem Wagen zu bringen. Bei seiner Abfahrt regnete  
ein Steinhaufen auf ihn hernieder, der glücklicherweise niemanden ver-  
letzte. Moerdes ist derselbe Beamte, der schon die früheren Aus-  
weisungen durchgeführt hat und dabei von den Bauern verletzt  
worden ist.

Die weltlichen Lehrer haben in jener Gegend einen harten  
Stand. Einer derselben beschwert sich in einem Briefe an  
die „Petite République“ bitter über die Beleidigungen und  
Verfolgungen, denen er und seine Kollegen von Seiten  
der durch die Pfaffen aufgehetzten Bevölkerung ausgesetzt ist. Seine  
Wohnung entföhre selbst den minimalistischen Anforderungen nicht mehr,  
und sein Gehälte, der außerhalb der Schule wohnen müsse, könne  
keine Wohnung finden, weil ihm niemand eine solche zu vermieten  
wage. Die Geistlichen dagegen, denen man wegen ihrer Vergehen  
gegen das Gesetz die Gehälter entzieht, würden damit gar nicht ge-  
schädigt, denn sie erhielten von ihren Anhängern an freiwilligen  
Gaben das mehrfache ihres Gehältes; einige bekämen auf diese  
Weise bis 25 000 Fr. pro Jahr zusammen.

### Spanien.

Der Central-Wahlaustrich, welcher Vertreter aller Parteien um-  
faßt und gebildet ist, um die Freiheit der Wähler zu gewährleisten,  
hat sich mit acht gegen sieben Stimmen gegen das kürzlich vom  
Ministerium des Innern mit Bezug auf die Wahlen herausgegebene  
Kundschreiben ausgesprochen, da er dasselbe als gesetzwidrig be-  
trachtet. Diese Entscheidung enthält einen Tadel gegen die Regie-  
rung. Ministerpräsident Silvela erklärt, wenn er einen Protest  
dieses Ausschusses erhalten würde, würde er darauf nicht ant-  
worten, sondern ihn nach Zusammentritt der Cortes der Kammer  
vorlegen.

Wigo, 25. Februar. Während des gestrigen Festungstreibens  
kam es anlässlich der Verhaftung eines Maskierten zu einem  
Zusammenstoß zwischen der Polizei und einem Volkshäuflein, der für  
den Verhafteten Partei nahm. Da die Polizei in Bedrängnis  
geriet, erschien eine kleine Abteilung Infanterie auf dem Platze. Sie  
gab, angeblich auf Befehl des Leutenants, Feuer auf die Menge;  
ein 13jähriger Junge wurde getötet; fünf andre Personen  
wurden verwundet, darunter eine tödlich.

In Barcelona sind die Holzarbeiter in den Streik eingetreten.  
Die Gesamtzahl der Streikenden in Barcelona beträgt jetzt 4000.

### Afrika.

Amnestie der „Kaprebell“. Dem „Standard“ wird aus Kap-  
stadt gemeldet: Es verläutet, Chamberlain sei geneigt, den Kap-  
rebell eine allgemeine Amnestie zu gewähren, doch wolle er  
nicht, daß denselben das Bürgerrecht wieder  
erteilt werde.

## Aus Industrie und Handel.

### Der „Fall Egner“.

Leipzig, den 25. Februar.

Der Präsident leitete die heutige Verhandlung mit der Frage ein,  
warum im Protokoll der Aufsichtsratsitzung vom 20. Februar 1900,  
welche die Bilanz und den Geschäftsbericht fertigstellte, die Treber-  
Engagements nicht erwähnt seien. Egner bemerkte, dies sei mit Rück-  
sicht auf die Konkurrenz geschehen, die sonst der Leipziger Bank  
einen so guten Kunden zu nehmen versucht hätte. Sachverständiger  
Blaut erklärt, eine Bilanz von 48 Millionen Kapital, die, wie die  
Leipziger Bank 51 Millionen verliere, hätte dies ihren  
Aktionären mitteilen müssen. Wäre dies geschehen, so wäre der Zu-  
sammenbruch schon damals fertig gewesen.

Darauf kommt die Bildung des Treber-Hausse-Konfortiums zur  
Sprache. Der Vorsitzende hält Egner vor, alle Geschäfte seien augen-  
scheinlich unternommen worden, um einen möglichst geringen Besitz  
von Treberaktien in die Bilanz stellen zu können. Egner bestreitet das;  
da die Leipziger Bank dem Konfortium angehöre, hätten die Ge-  
schäfte auf das Konfortial-Konto gebracht werden müssen. Es kommt  
ein Vorwurf zur Sprache, den die Leipziger Bank der Trebergesell-  
schaft zum Zweck der Gründung der russischen Tochtergesellschaft ge-  
geben hat. Die Leipziger Bank hat dafür von der russischen Gesell-  
schaft einen Garantiefchein über zu liefernde 3 750 000 R. Obliga-  
tionen erhalten. Egner bemerkt, das sei kein neues Geschäft ge-  
wesen, sondern es habe im Rahmen des Aufsichtsrats-Beschlusses ge-  
legen, nach welchem der Trebergesellschaft ein Kredit bis zu 10 Mill.  
gewährt werden sollte. Sachverständiger Blaut bemerkt, das Ge-  
schäft habe ebenfalls den Zweck gehabt, die Trebergesellschaft zu ent-  
lasten. Es sei völlig unzulässig, Werte zu beileihen, die noch nicht  
existieren.

Sodann wurden mehrere Geschäfte, die als Reportgeschäfte be-  
zeichnet wurden, untersucht. Die Sachverständigen befreiten, daß es  
Reportgeschäfte seien, die Geschäfte seien augenscheinlich nur zur  
Zuschung der Zulassungstelle der Berliner Börse geschlossen worden.  
Darauf wurde die Verhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Eisenproduktion und Eisenausfuhr im Januar 1903. In welchem  
Maße die deutsche Eisenproduktion seit Beginn des neuen Jahres zu-  
genommen hat, zeigt die soeben vom Verein deutscher Eisen- und  
Stahlindustrieller veröffentlichte Statistik für den letzten Monat. Es  
betrug die Erzeugung von Roheisen aus 782 484 Tonnen,  
darunter Gießerei-Roheisen 144 405 Tonnen, Bessemer-Roheisen  
24 857 Tonnen, Thomas-Roheisen 461 839 Tonnen, Stahl- und  
Spiegelisen 77 255 Tonnen und Puddel-Roheisen 72 128 Tonnen.  
Die Produktion im Dezember 1902 betrug dagegen nur 753 995  
Tonnen, im Januar 1902 658 688 Tonnen.

Es würde indes verfehlt sein, daraus zu schließen, daß der ein-  
heimische Verbrauch dieses Metalls abforbiert habe. Der größte Teil  
der Roheiserzeugung ist vielmehr nach auswärtigen Märkten exportiert  
worden. Das ergibt sich schon daraus, daß im Jahr die Ausfuhr  
von Eisen und Eisenwaren aus Deutschland um 20 270 Tonnen zu-  
genommen hat.

Holländischer Bergwerks-Aktiengesellschaft. Nach dem Ge-  
schäftsbericht beträgt der Bruttogewinn des Jahres 1902 1 767 181  
Mark (im Vorjahre 10 558 796), der Reingewinn nach 5 988 527 Mark  
(6 259 663). Abschreibungen 7 164 473 Mark. (7 857 388). Die  
Dividende wird mit 10 Proz. auf 60 Millionen Mark Aktien (im  
Vorjahre 12 Proz. auf 54 Millionen Mark) in Vorschlag gebracht.  
Der Spezialrechner werden 300 000 Mark. (i. B. 0) überwiesen, der  
Rücklage für Bergschäden 600 000 Mark. (1 Million Mark).

Das „Profit Sharing-Experiment des Stahlwerks hat, wie  
uns unterm 13. d. M. aus New York berichtet wird, den Zweck an-  
nähernd erreicht, den man im Auge hatte: Die Fesselung der qualifi-  
zierten Beamten und Arbeiter. Von dem Angebot des Kaufs von  
Aktien unter dem Marktwert auf Abzahlung haben von den circa  
168 000 Angestellten und Arbeitern des Trusts 27 682 Gebrauch  
gemacht, während man nur auf 25 000 gerechnet hatte. Davon ent-  
fallen auf die Aktien, deren Jahreserträge zwischen 800 und  
2500 Dollar beträgt, 14 260 Personen mit 29 013 Aktien, auf  
diejenigen mit Einkommen von unter 800 Dollar 12 170 Personen  
mit 15 038 Aktien; die restierenden 1153 Personen mit 7084 Aktien  
entfallen also auf die Klasse derjenigen Angestellten, welche ein  
Jahresertrag von über 2500 Dollar haben. Wie es heißt, haben  
sich sämtliche Beamte der Korporation, einschließlich ihres Präsidenten  
Schwab, an der Zeichnung beteiligt, und da die Zahl derselben auf  
etwa 8000 geschätzt wird, so haben von den 160 000 Arbeitern rund  
20 000 auf den Köder angebissen. Die „fesseln de“ Bestimmung  
bei dem Wandel ist, daß der Aktienzeichner erst nach voller Zahlung  
zu Dividenden berechtigt ist, und daß er aller Rechte verlustig geht,  
wenn er innerhalb fünf Jahren seine Verbindung mit der Gesellschaft

bricht. Es ist dabei nicht ausdrücklich gesagt, daß sich dies auf  
Streichs bezieht; aber es unterliegt wohl keinem Zweifel, und die  
Arbeiter werden es früher oder später auch so auffassen lernen. Man  
hat sich damit also auf die einfachste Weise gegen „Unterbrechungen in  
der Produktion“ gesichert; denn die „gewöhnlichen“ Arbeiter, aus  
denen fast der ganze Rest der Nichtaktionärs-Arbeiter besteht,  
kommen nicht in Betracht, da dieselben — trotz angeblicher  
„Prosperität“ — schnell zu ersehen sind, wenn sie an der einen oder  
anderen Stelle mit „unberechtigten Forderungen“ auftreten. Ob  
übrigens die Kalkulation bezüglich der qualifizierten Arbeiter eine  
richtige ist, muß die Zukunft lehren; bei den Glasbläsern war sie es  
nicht, wie im früheren Bericht mitgeteilt. — Als nach der von  
der Korporation gemachten Offerte eine Abstimmung im Verband  
der Eisen- und Stahlarbeiter darüber stattfand, ob derselbe als solcher  
darauf eingehen solle, ward dies trotz günstiger Darlegung des Vor-  
standes mit großer Majorität abgelehnt. Das Organ des Ver-  
bandes hat seitdem eine neutrale Haltung eingenommen und erklärt,  
daß der Verband sich nicht darum zu kümmern habe, in welcher  
Weise seine Mitglieder ihre Ersparnisse anlegen. Es fragt sich nun  
nur noch, wie es mit dieser „Anlage“ ausseht, wenn die von den  
nichtsanguinischen Elementen der ausbreitenden Klasse getriebene  
industrielle Krisis eintritt und ein mehr oder weniger großer Prozent-  
satz der Arbeiter „abgelegt“ wird; oder, wenn dies für den Zweck  
nötig erscheint, dieselben durch eine „Offerte“ auf Lohnreduzierung  
abständig zum Streik getrieben werden. Denn nach dieser Richtung  
hat sich die Korporation nicht die Hände gebunden, andernfalls wäre  
dies in den Berichten gewiß vermeldet worden. Sie hat es also stets  
in der Hand, nicht nur durch die „Profit Sharing“ einen Streik zu  
machen, sondern auch die von den Arbeitern in Aktien angelegten  
Ersparnisse einzufrieren zu können.

## Sociales.

### Weberelend.

Ueber die Hungerlöhne der Weber in Zillertal (Riesengebirge)  
erhält der „Proletarier“, unser Langenbielauer Parteiblatt, eine  
Zuschrift, die unsre von Webel im Reichstage vertreteten, aus der  
„Breslauer Volksmacht“ stammenden Angaben vollkommen bestätigt.  
Es wird dem Blatte geschrieben:

„Der niedrigste Lohn, welcher voriges Jahr gezahlt wurde,  
betrug nur 2 bis 3 M., 4 bis 7 M. waren die gewöhnlichen  
Löhne. Es sind ja auch Löhne von 12 M. und darüber gezahlt  
worden, solche kamen aber nicht oft vor und sind hauptsächlich auf  
ungleiche Arbeitsverteilung zurückzuführen, denn es kommt vor,  
daß Weber auf drei Stühlen Arbeit haben, während andre nicht  
genügend Arbeit auf einem Stuhl haben. Bei Veröffentlichung  
von Lohnstabellen muß man nicht die Löhne der bestbezahlten  
Weber und die Meisterlöhne aufzuführen. Man sollte doch die ge-  
samten Löhne veröffentlichen, dann würde man eher ein lares Bild  
bekommen. Gegenwärtig ist ja die Konjunktur etwas besser, dar-  
wegen kommen aber doch noch sehr niedrige Löhne vor.“

Vielleicht läßt die Zeitdifferenz in dieser Mitteilung  
etwas darüber auf, daß die Fabrik die Angaben über diese  
miserablen Löhne durch den Mund der Preisintigen so dreist ab-  
leugnen lassen kann, wie es im Reichstage geschehen ist. „Im  
vorigen Jahre“, heißt es, war der niedrigste Lohn 2—5 M. und im  
vorigen Jahre haben wir auch die ersten Mitteilungen über diese  
Angelegenheit gebracht. „Jetzt ist die Konjunktur etwas  
besser“, so schließt die Zuschrift. Wie vorichtig man die  
Verhättnisse der Fabrik, die Herr Crüger vortrag, behandelt  
muß, dafür liefert der „Vote aus dem Riesengebirge“ in seiner  
letzten Sonntagsnummer einen guten Beweis. Herr Crüger sagte am  
14. Februar im Reichstage, daß die Arbeiter 13,34 M. im Durch-  
schnitt bekommen. Das genannte Blatt, das mit Eifer für die  
Interessen der Fabrikanten eintritt und von sozialdemokratischer Un-  
verfrorenheit redet, druckt nun den Brief eines Zillertaler Webers  
ab, der auch zur Rettung der Fabrik und zur höheren Ehre des Fabrikanten  
geschrieben ist und der teilt mit, daß Löhne von 7 bis 10 M. vor-  
kommen. Also Wochenlohn von 7 M. für erwachsene männliche  
Arbeiter werden jetzt schon von den Verteilern der Zillertaler  
Fabrik zugegeben. Was ist denn nun daran noch zu verteidigen?  
Der freisinnige Weber des „Vote aus dem Riesengebirge“, der ein  
Muster von arbeitsloser Zufriedenheit zu sein scheint und eigentlich  
als „schlichter Mann aus der Werkstat“ in den Reichstag gehörte,  
findet allerdings dafür noch eine Verteidigung. Sie ist aber auch  
danach. Er schreibt:

„Es ist hier allgemein bekannt, daß in den Hirschberger,  
Dittersbacher, Volkshainer und Landeshäuser Webern viel weniger  
Löhne gezahlt werden, als hier bei uns; das geben auch die  
Sozialdemokraten zu und das will doch gewiß auch was sagen.  
Freilich sind hier die Wohnungen teuer, auch andre Sachen wie  
Lebensmittel sind fast teurer als anderwärts. Herr Webel sollte  
einmal Sonnabends hier sein und in Gasthöfen zwischen, was für  
Summen Geld auf Branntwein bezahlt werden, welcher die Woche  
über auf Pump getrunken worden ist, da bekommt freilich manche  
Frau nicht mehr von ihrem Ranne als 2 bis 7 M. Ja, vor acht  
Tagen hat ein Weber 24 M. nach Hause gebracht.“

Aus dieser Rechtfertigung der Hungerlöhne erfahren wir also  
auch noch die Thatsache, daß in diesem gesegneten Zillertal die  
armen Weber mit 7 M. Wochenlohn noch obendrein Wohnung und  
Lebensmittel teurer bezahlen müssen wie anderwärts, und daß es  
in Silesien eine ganze Anzahl Weberereien giebt, wo den aus-  
gemergelten Webern noch „viel weniger“ wie 7 M. für sechs Tage  
Arbeit in die Hand gedrückt wird. Welche Verheerungen dieses  
materielle Elend in geistiger und moralischer Hinsicht anrichtet,  
enthält uns der Brief gleichfalls. Einige vertrinken ihre paar  
Pfenninge in Schnaps und bringen der hungernden Familie nichts  
nach Hause, andre — finden ihr Elend ganz in der Ordnung und  
beschweren sich bei den Freisinnigen über die sozialdemokratischen  
Weltverbesserer.

Der wirtschaftliche Hintergrund für ein Drama, wie es Haupt-  
mann in seinem „Webern“ schildert, ist auch heute noch vorhanden.

Ein Kapitel zur Revision der Kranken-Versicherung.  
Die Schwindel-Krankenkassen sind zu einer stehenden Rubrik  
in den Tageszeitungen geworden. Auch der „Vorwärts“ hat zahl-  
reiche Hefte dieses Schwindels aufgedeckt und massenhaft sind in den  
letzten Jahren derartige Unternehmungen verurteilt oder polizeilich  
geschlossen worden und Tausende von Beitragszahlern sind um ihr Geld  
betrogen worden. Das charakteristische an diesen Kassen, die sich  
das Hilfslosigkeitsgeschick zum Deckmantel wählen, ist die thatsächliche  
Rechtlosigkeit der Kassenglieder. Durch ein geschickt ausgearbeitetes  
Statut werden unter formeller Wahrung der gesetzlichen Vorschriften  
alle Rechte praktisch in die Hände der Verwaltung gelegt, die aus  
den Gründern besteht. Zwei derartige Kassen ist stets, den Grün-  
dern aus den eingehenden Beiträgen ein gutes Einkommen zu sichern.  
Die Gründer sind natürlich stets die Vermögenden. Sie stellen sich selber  
entweder auf Lebenszeit oder für viele Jahre mit anscheinendem Gehalt  
an, senden ein Heer von Agenten aus, um Mitglieder zu werben und  
wenn ein Mitglied krank wird, dann bietet irgend eine harmlos-  
scheinende Bestimmung im Statut, in Verbindung mit der Aufnahme-  
versicherung die Handhabe, das Krankengeld zu verweigern. Natür-  
lich nehmen diese Kassen — und das ist das hauptsächlichste Ver-  
mittel — jedermann ohne ärztliche Untersuchung auf; sie wollen ja  
nur Beiträge, vor der Zahlung von Unterstützungen wissen sie sich  
zu schützen.

Von einer solchen Kasse in München „Krankenkasse für  
ganz Deutschland“, „Galaria“, die kürzlich polizeilich ge-  
schlossen wurde, ist amtlich festgestellt worden, daß 95 Proz. aller

Einnahmen als Verwaltungskosten verbraucht  
wurden. Der erste Vorsitzende erhielt 120 M. Monatsgehalt,  
der zweite 400 M., ein Beisitzer „im Ehrenamt“, der fast gar keine  
Arbeit für die Kasse zu verrichten hat, 250 M. Der „Reservefonds“  
betrug bei der Schließung der Kasse 150 M.

Vor einer eben solchen Kasse mit den charakteristischen Kenn-  
zeichen der Schwindelkassen, die auch in Arbeiterblättern inseriert,  
worin der Arbeiterdirektor Philipp Müller in der „Bergischen  
Arbeiterstimme“, Sie hat ihren Sitz in Dresden und nennt sich  
„Deutsche Kranken-Versicherungskasse Dres-  
den, freie Zuzufuhrkasse“.

Die Existenzbedingung für diese Schwindel-Unternehmungen ist  
der Umstand, daß die Leistungen der Kranken-Versicherung un-  
genügend sind, so daß ganz mancher eine Erhöhung der Kranken-  
versicherung in einer zweiten Klasse sucht und sie am bequemsten in  
solcher Klasse zu finden glaubt, die viel verspricht und bei der Auf-  
nahme keine Umstände macht, hauptsächlich aber der Umstand, daß  
Millionen einer Versicherung gegen Krankheit bedürfen, die heute  
trotz der Versicherungspflicht unterliegen noch auch nur Gelegen-  
heit haben, sich recht zu versichern. Es sind ja nicht nur die land-  
und forstwirtschaftlichen Arbeiter, das Gesinde, die Gelegenheits-  
arbeiter und die lausnährlichen Angestellten, es sind auch noch  
Millionen von Leuten einer Versicherung bedürftig, die in keinem  
entsprechenden Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, sondern irgend  
ein selbständiges Gewerbe betreiben. Eine gründliche Reform der  
Kranken-Versicherung, die alle Reichsbewohner innerhalb gewisser  
Einkommensgrenzen ohne Rücksicht auf den Beruf oder Stand um-  
faßt, die nur eine einzige Form der Kranken-Versicherung schafft  
und unter ausreichenden Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln eine  
Krankenunterstützung gewährt, die dem Einkommen des Gesunden  
möglichst nahe kommt, würde den Schwindelkassen vollständig den  
Boden entziehen und eine blühende Gauner-Industrie verhindern,  
der schon Jahntausende der Armen zum Opfer gefallen sind.

Das Elend der Agrarier ist nun durch eine Thatsache erwiesen,  
die Beweisdrängender ist, wie alles, was sie bisher zur Rechtfertigung  
aller Unterstufungsforderungen aus den Taschen der Arbeiter selber  
in die Welt hinausgeschrien haben: Agrarier kaufen Preisankersch!  
Im Stadterordnetenkollegium in Greifswald wurde, wie der  
Steinert „Volksbote“ berichtet, Beschlüssen vorgebracht über die  
Verwaltung der städtischen Freibank. Ein Stadterordneter beklagte sich  
darüber, daß Angestellte der Freibank größere Posten Fleisch für  
ihre Freunde reservierten und daß daher dieses Fleisch „meist nur  
dem besseren Publikum“ zugänglich werde, während die ärmere  
Bevölkerung zurückgewiesen werde. Ein anderer Stadterordneter,  
der von einem dritten unterstützt wurde, fügte hinzu, er wisse be-  
stimmt, daß für einen Gutsbesitzer schon bis zu 25 Pfund Freibank-  
fleisch reserviert worden sind. Wird sich der arme Gutsbesitzer mit  
seiner Familie stillschweigend haben an dem ordentlichen Hapen  
Fleisch! Oder war's etwa nur — für's Gesinde?  
Der Bürgermeister sagte sofort eingehende Untersuchung zu.

Die Barmherzigkeit der Bergleute. Wir teilen kürzlich mit, daß  
nach den Feststellungen der Medizinischen Kommission von Lübeck  
diese Krankheit auch in den berglichen Kohlengruben sehr verbreitet  
sei. Wir können dem heute hinzufügen, daß der Provinzialrat der  
Provinz Lübeck schon seit 1899 alljährlich 20 000 Fr. zur Unter-  
stützung kranken Bergleute und 5000 Fr. zur Fortführung der  
Untersuchungen verausgabte. Die Medizinische Kommission hat ihre  
Erfahrungen in einer Broschüre veröffentlicht. In der bergischen  
Kammer ist die Frage neuerdings durch den sozialistischen Deputierten  
Smeets angeschnitten.

Der 14. internationale Kongreß der Medizin wird in diesem  
Jahre vom 23.—30. April in Madrid tagen. Dem Centralkomitee  
sind 40 Provinzialkomitees in Spanien und 22 Komitees im Aus-  
land zur Seite, um für den Kongreß zu agitieren. Bis jetzt sind  
bereits 4000 spanische und 1500 fremde Aerzte angemeldet; man  
nimmt an, daß die Zahl der Teilnehmer auf 6000 steigt.

Städtische Profifabrikation. Die Bewegung zu Gunsten der  
Ueberrahme der Profifabrikation durch die Gemeinden macht in  
Italien große Fortschritte, seitdem dieses Problem in Catania unter  
der Leitung des sozialistischen Deputierten und Bürgermeisters De  
Felicce in so erfolgreicher Weise zur Durchführung gebracht ist. Im  
Gemeinderat der Stadt Neapel haben die sozialistischen Stadt-  
verordneten den Antrag gestellt, die Stadt Neapel solle eigene Prof-  
fabriken errichten. Dieser Tage waren 78 an die dortige Arbeits-  
börse angeschlossene Arbeitervereinigungen versammelt und sprachen  
sich in einer Resolution für die sozialistischen Anträge aus.

Schulkind. Gegen die Lehrerin Pape, die in einer schleswigischen  
Volksschule thätig ist, hatte der Händler Vernehl Strafantrag wegen  
sachlicher Körperverletzung gestellt, weil die Lehrerin seine sieben-  
jährige Tochter so geschlagen hatte, daß ein Arzt attestieren konnte,  
über dem Schulterblatt sei eine marmeladengroße Partie geschwollen  
und blaurot verfärbt und das Schulterblatt und die darunter befindliche  
Hautpartie sei auf Druck schmerzhaft. Das Allgemeinbefinden wurde  
als gut befunden. Der Vater machte noch geltend, der Arzt hätte  
eine derartige Züchtigung eines siebenjährigen Mädchens als un-  
erhöht bezeichnet. — Die Lehrerin bestritt, zu weit gegangen zu sein.  
Das Kind sei geschädigt worden, weil es die hässliche Lese-Übung  
unterlassen und noch obendrein gesagt habe, es hätte nicht nötig ge-  
habt, zu Hause zu lesen. Im übrigen habe der Rektor das Kind  
ebenfalls untersucht und keine Geschwulst, sondern nur eine gefärbte  
Stelle auf dem Rücken gefunden.

Vor Eröffnung der Vorverhandlungen gegen die Lehrerin erhob  
die Regierung zu ihren Gunsten den Konflikt und führte aus:  
Der Lehrerin stehe ein gesetzliches Züchtigungsrecht zu. Eine  
Ueberrichtung desselben würde nur vorliegen, wenn sich die  
Züchtigung als ein offenkundiger Vorfall darstellte. Das sei nicht der  
Fall, denn die Folgen seien nur solche gewesen, wie sie häufig  
nach Züchtigungen eintreten! Das Ober-Verwaltungs-  
gericht erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Verfahren  
gegen die Lehrerin endgültig einzustellen ist. Die Lehrerin  
habe ihre Amtsbefugnisse nicht überschritten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Anebelung des Koalitionsrechts in Holland.

Haag, 25. Februar. (N. L. B.) Einer der drei Geset-  
entwürfe der Regierung bezweckt die Anebelung des  
Strafgesetzbuchs, um der Freiheit der Arbeit eine erhöhte Sicherheit zu  
gewährleisten, und im festzusetzen, daß nicht allein die staatlichen  
Beamten, sondern auch diejenigen, welche ihren Dienst im öffentlichen  
Interesse zu verrichten haben, nicht ungestraft sich Pflichtverletzungen  
zu Schulden kommen lassen dürfen.

### Ordnungsfäulen.

Frankfurt a. M., 25. Februar. (N. S.) Wie der „Frankf. Hg.“  
aus Mannheim gemeldet wird, erregt die Verhaftung von zwei an-  
gesehenen Persönlichkeiten wegen Sittlichkeitsvergehen in  
weiten Kreisen peinliches Aufsehen. Der eine der Verhafteten ist  
der altfahrlässige Stadtpfarrer Bauer, ein hoher Schöffe, der  
andre der Bankbeamte Arthur Wendler, ein Sohn des verstorbenen  
Landgerichts-Präsidenten gleichen Namens.

### Mord?

Säbn, 25. Februar. (N. S.) Heute früh 7<sup>1/2</sup> Uhr wurde im Rhein  
auf der Deutzer Seite die Leiche eines Kanoniers der 1. Compagnie  
Juhartillerie-Regiments Nr. 7 gelandet. Der Leiche ist der Hals  
durchgeschnitten, es scheint daher Mord vorzuliegen. Näheres ist bis-  
her nicht bekannt.

Madrid, 25. Februar. (N. L. B.) Im Ministerrate teilte der  
Minister des Innern mit, daß bei den Vorfällen in Biga  
einer der Verwundeten heute gestorben ist.

Reichstag.

267. Sitzung. Mittwoch, den 25. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Vor Beginn der Sitzung zählt Präsident Graf Vallasire...

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel Gesundheitsamt.

Abg. Dr. Jost (fr. Sp.): Das Vorsäure-Verbot ist auf Grund eines Gutachtens des Reichs-Gesundheitsamts erlassen worden. Die Begründung dieses Verbots war aber durchaus unzureichend...

Abg. Dr. Dertel (l.): Wir können uns der Tätigkeit des Reichs-Gesundheitsamts alle freuen. Daß die Praxis durch das Vorsäure-Verbot überlastet worden sei, kann ich nicht zugeben...

Abg. Dr. Dertel (l.): Wir können uns der Tätigkeit des Reichs-Gesundheitsamts alle freuen. Daß die Praxis durch das Vorsäure-Verbot überlastet worden sei, kann ich nicht zugeben...

Abg. Dr. Dertel (l.): Die Gesundheitsgefährlichkeit der Vorsäure ist zwar nicht absolut erwiesen, hat aber einen so hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich...

Staatssekretär Graf Posadowski:

Das Reichs-Gesundheitsamt ist autoritative Stelle für die Entscheidungen der verbündeten Regierungen auf hygienischen Gebieten. Die Regierung kann sich nicht auf ein konträdictorisches Verfahren aller deutschen Gelehrten einlassen...

Abg. Dr. Bangerhaus (fr. Sp.) polemisiert gegen den Abg. Dertel, seine Ausführungen bleiben aber auf der Teilhabe fast unverständlich.

Abg. Dr. Dertel (l.): Wenn wir sagen wollten, was dreißig Jahre gewährt hat, kann auch weiter so bleiben, dann könnten wir diese hohe Gesetzgebungsbude schließen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.) kommt auf die Frage der Geheimmittel und ihre Verbreitung durch die Presse zu sprechen. Alle betrügerischen Mittel müssen rücksichtslos verfolgt werden...

Sinatssekretär Graf Posadowski: Gegen die vorläufige Liste der Geheimmittel ist in zahlreichen Fällen Widerspruch erhoben worden. Sie wird noch einmal geprüft werden...

Abg. Dr. Dertel (l.): Der jetzt bestehende Unsicherheit muß endlich ein Ende gemacht werden. Selbst der vorsichtigste Annoncen-Redakteur ist stets einer Geldstrafe ausgesetzt.

Abg. v. Waldow-Reichenstein (l.) spricht seine Freude aus über die geistliche Tätigkeit der biologischen Abteilung für Land- und Forstwissenschaft beim Reichs-Gesundheitsamt...

Abg. Dr. Müller-Zagan (fr. Sp.): Die biologische Abteilung, deren Wirksamkeit ich durchaus anerkenne, sollte sich nicht in fortwährende Einzelarbeiten zersplittern...

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.):

Am 3. Januar 1901 erklärte Staatssekretär Graf Posadowski bei Beratung der Anträge Albrecht, Dr. Hieber und Schrader über die reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens...

Staatssekretär Graf Posadowski: Der Ausschuss des Reichs-Gesundheitsrates, der für das Studium der Wohnungshygiene gebildet ist, hat bisher noch keine praktische Arbeit liefern können...

Weim Kapitel „Patentamt“ begrüßt Abg. Dr. Baasche (natl.) die Vermehrung der Beamtenschaft dieses Amtes. Nur ist das Verhältnis zwischen höheren und unteren Stellen immerhalb der höheren Beamtenschaft zu groß...

Direktor im Reichs-Sachamt Döcke erklärt, daß die Regelung dieser Verhältnisse nicht ganz einfach sei. Der Ausgleich soll weniger in einer Gehaltserhöhung bestehen als in Verleihung eines höheren Titels.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Es handelt sich hier viel weniger um eine Schaffung höher bezahlter Stellen als um eine organisatorische Veränderung im Interesse der Disziplin.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.): Mit Rücksicht auf das neue Präsidium im Reichs-Patentamt will ich meine früheren Bescheidungen über mangelnde Einheit in der Rechtsprechung und Ueberbürdung der Beamten heute nicht wieder vorbringen...

Abg. Gieshoff (fr. Sp.) hofft, daß auch die disziplinarische Behandlung der angemeldeten Warenzeichen unter dem neuen Regime bald verschwinden werde.

Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Präsident Graf Vallasire: Wir würden nunmehr zum Kapitel Reichs-Vericherungsgesetz übergehen. Bevor wir aber dazu übergehen, möchte ich die Herren Kollegen bitten...

Abg. Schmidt-Warburg (C.): Mein Freund Gige ist leider durch Krankheit verhindert, hier zu diesem Kapitel das Wort zu ergreifen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in allen drei Heilanstalten der Versicherungsanstalt in Schießen, das zum größten Teil katholisch ist, evangelische Schwestern als Pflegerinnen angestellt sind...

Abg. Schmidt-Warburg (C.): Mein Freund Gige ist leider durch Krankheit verhindert, hier zu diesem Kapitel das Wort zu ergreifen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in allen drei Heilanstalten der Versicherungsanstalt in Schießen, das zum größten Teil katholisch ist, evangelische Schwestern als Pflegerinnen angestellt sind...

Staatssekretär Graf Posadowski: In der Heilanstalt zu Schmiedeberg findet sowohl evangelischer wie katholischer Gottesdienst statt, außerdem Andachten, von denen ich annehme, daß sie überhaupt keinen konfessionellen Charakter tragen.

Was die Anlage der Kapitälen anlangt, so habe ich bereits auf Grund der Anregung des Abg. Dr. Gige veranlaßt, daß den Geschäftsberichten der einzelnen Versicherungsanstalten eine besondere Anweisung über die Vergütung beigegeben werde.

Abg. Köfide-Dechau (fr. Sp.):

Ich halte es nicht für berechtigt, daß katholische Invaliden nur von katholischen Schwestern behandelt zu werden verlangen. Es gibt doch keinen Unterschied zwischen katholischer und evangelischer Invalidität. (Wahrheit im Centrum.) Ungehört ist mir, wenn in den Krankenzimmern der Genesungsheimen Andachten abgehalten werden und zwar ganz allgemein, sowohl katholische wie evangelische, der Krankensaal ist überhaupt nicht für Andachten da.

behnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter verhindert. Auch hat sich Herr Gamp aufs äußerste gegen Normal-Unfallversicherungs-Vorschriften für die Landwirtschaft gewandt.

Ich habe bereits mehrfach darans hingewiesen, daß eine Anzahl Berufsvereinigungen Mitglieder des Central-Verbandes deutscher Industrieller sind und an ihn Beiträge zahlen. Eine Antwort habe ich bisher nicht erhalten.

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern, daß dieser Ausschuss alle Vorlagen des Vorstandes genau prüft...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Die Statistik über die Versicherungs-Gesetzgebung möchte ein wenig erweitert werden. So möchte in der Unfallstatistik angegeben werden, wie viele von den gemeldeten Unfällen einen tödlichen Ausgang hatten.

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abg. v. Salisch hat neulich auf den „verschwendungsvollen Luxus“ der Heilanstalten und Genesungsheime besonders der Versicherungsanstalt Berlin hingewiesen. Ich kann dem Abg. v. Salisch als Vorsitzender des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin nur versichern...

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom Mittwoch, 25. Februar, 11 Uhr. Am Ministertische: Budde.

Die zweite Beratung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Heißig (C.): Wir stimmen dem Minister darin bei, daß die Disziplin unter den Eisenbahn-Angestellten unbedingt gewahrt werden müsse.

Abg. Dr. Graf Douglas (ff.): Die Eisenbahnwagen sind im Sommer viel zu heiß und heiß. Während der kurzen Aufnahmepausen bekommt man auf den Bahnhöfen oft abgestandenes Bier oder zu kaltes Wasser.

Eisenbahnminister Budde: Ich erkenne an, daß im Sommer die Wagen vielfach zu heiß und staubig sind. Es muß etwas geschehen, um die Wagen besser zu lüften und die Temperatur im Sommer besser zu gestalten.

Abg. Kling (l.): Es ist richtig, was gestern Dr. Barth gesagt hat, daß der Arbeiter auch gegenüber dem Staat als Arbeitgeber gewisse Rechte zu beanspruchen habe.

Abg. Dr. Graf Douglas (ff.): Die Eisenbahnwagen sind im Sommer viel zu heiß und heiß. Während der kurzen Aufnahmepausen bekommt man auf den Bahnhöfen oft abgestandenes Bier oder zu kaltes Wasser.

Abg. Kling (l.): Es ist richtig, was gestern Dr. Barth gesagt hat, daß der Arbeiter auch gegenüber dem Staat als Arbeitgeber gewisse Rechte zu beanspruchen habe.

Abg. Kling (l.): Es ist richtig, was gestern Dr. Barth gesagt hat, daß der Arbeiter auch gegenüber dem Staat als Arbeitgeber gewisse Rechte zu beanspruchen habe.

Abg. Kling (l.): Es ist richtig, was gestern Dr. Barth gesagt hat, daß der Arbeiter auch gegenüber dem Staat als Arbeitgeber gewisse Rechte zu beanspruchen habe.

Die Herren Brömel und Barth etwa dem Minister zuwenden, sich unter die Kontrolle eines Singer, Stadthagen oder Bebel zu begeben? Aber freilich, die Herren, die das verlangen, können ja nur noch auf sozialdemokratischen Kränken in die Parlamente! (Sehr gut! rechts.)

**Abg. Goldschmidt** (fr. Sp.): Niemand verlangt von dem Minister getragene Experimente. Etwas anderes sind vernünftige Verbesserungen, wie die Aufhebung der Rückfahrarten und die Preisermäßigung der einfachen Karten auf die Hälfte des Rückfahrartenpreises. Diese Forderung entspricht einer alten Lieblingsidee des Ministers v. Zielen. Hoffentlich wird Herr Bude diese Idee ausführen. Die Rückfahrarten bieten in der That große Unbequemlichkeiten. Eine wirkliche Verkehrsvereinfachung aber wird sich nur durch eine Verbilligung der Personentaxen erreichen lassen. Auch eine Verbilligung der Gütertarife halten wir prinzipiell für richtig. Wenn aber der Minister darin ein zu gefährliches Experiment sieht, so sollte er doch wenigstens in Zeiten besonderer Not eine Ermäßigung der Gütertarife anordnen, wie das z. B. in der Zeit der Fleischnot am Plage gewesen wäre.

Die Absicht des Ministers, durch die von ihm gebildeten Kommissionen sich über die Arbeitsverhältnisse seiner Angestellten zu informieren, ist gut, aber er wird dadurch kaum ein richtiges Bild der Verhältnisse erlangen. (Minister Bude schüttelt mit dem Kopf.) Diese Kommissionen werden von den Betriebsleitern der Werkstätten geführt, und die Arbeiter werden sich hüten, ihre Beschwerden vorzubringen, weil sie sich dadurch als Sozialdemokraten verdächtig machen könnten, und Sozialdemokraten will ja der Minister nicht dulden. (Minister Bude schüttelt abermals mit dem Kopf.) Wenn der Minister mit einer Freikarte für alle preussischen Eisenbahnen ausstellen und mit dem Eintritt in alle Werkstätten gestatten will (Heiterkeit), vielleicht auch in Begleitung eines Kommissars, so werde ich ihm ein viel reichhaltigeres Material liefern können als seine Kommissionen. Bedauerlich ist, daß in einzelnen Betriebszweigen der Eisenbahnverwaltung Frauen des Rechts — bis 10 Uhr abends — beschäftigt werden. Die Eisenbahnverwaltung wäre, wenn auch nicht gesetzlich, so doch moralisch verpflichtet, diese Nachtarbeit nicht zu gestatten. Der Eisenbahnminister als der größte Betriebschef muß ein sozialpolitischer Minister sein und darf der Industrie kein schlechtes Beispiel geben. (Sehr richtig! links.)

Der Minister hat ohne Not scharf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter Stellung genommen, offenbar veranlaßt durch die scharfmacherische Presse und ihre Hinweise auf Holland. Als Kollege Gamp als Geheimrat in das Kohlenrevier geschickt wurde, hat er selbst erfahren können, daß die Arbeiter der Privatindustrie durchweg noch besser gestellt sind als die Eisenbahnangestellten. Ja teils und die Befürchtung nicht, daß wir in Preußen einen Eisenbahnerstreik erleben könnten wie in Holland. Freilich, auch nichtorganisierte Arbeiter können Streiks unternehmen. Wenn organisierte Arbeiter einmal einen Streik beginnen, so sorgen sie in der Regel auch dafür, daß er sich in aller Ruhe vollzieht. Wenn die Verhältnisse zu einem Eisenbahnerstreik drängten, so würde ein solcher auch ohne eine Organisation eintreten. Darüber, daß ein solcher Streik furchtbare Folgen haben müßte, wird wir uns ja alle einig.

Der Minister sollte doch wissen, daß eine scharfe Unterdrückung immer nur der unterdrückten Partei zu Gute gekommen ist. Nichts ist förderlicher für eine Sache als das Martyrium. Das lehrt auch die Geschichte des Christentums. Der Minister hätte also mit etwas mehr Stillschweigen über diese Sache hinweggehen sollen. Wegen einem Terrorismus des Eisenbahnerverbandes wird sich schon das gesunde Gefühl der Arbeiter in den Werkstätten selbst wenden. (Beifall links.)

Ein **Regierungskommissar** tritt der Auffassung entgegen, als ob Tarifermäßigungen kein finanzielles Risiko bedeuteten. Erfahrungen darüber seien besonders im Auslande gemacht worden.

**Unterstaatssekretär Hied:** Die Fahrkartenausgeberinnen im Eisenbahndienst arbeiten in den wenigen Abendstunden, die sie Dienst leisten, nicht mit Männern gemeinsam. Wo im Nachdienst die Frau nicht entbehrt werden kann, sind Vorkehrungen getroffen, daß die Frauen unter besonderem Schutz stehen. So haben auf den Stationen der Berliner Stadt- und Ringbahn die Frauen besonders Zimmer, in denen sie nach dem Dienst bis zum Morgen verweilen können. Außerhalb Berlins ist die Sache so eingerichtet, daß sie unter Schutz nach Hause gehen können. Es sind gegenwärtig 307 Frauen im Fahrkartendienst und 365 im Telegraphendienst der Eisenbahnverwaltung beschäftigt.

**Abg. Götze** (fr. Sp.): Es liegt mir durchaus fern eine Wahlrede zu halten, obwohl beim Eisenbahner-Tag sehr viele Wahlfreden gehalten werden. Hoffentlich hat inzwischen der Minister eingesehen, wie unberechtigt sein gewisser Ausfall gegen den Abg. Barth war. Herr King ist noch weiter gegangen als der Minister. Er verlangte, daß im Staatsbetriebe nur Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die auf christlich-monarchischen Boden stehen. Ich weiß wirklich nicht, was der christlich-monarchische Boden mit dem Eisenbahnbetriebe zu thun hat. Wir geben dem Minister nur zu, daß er sich politische Agitation im Betriebe verbitten muß. Darüber hinaus darf er sich um die politische Oefnung seiner Angestellten nicht kümmern. Was die Arbeiter außerhalb des Dienstes thun, geht die Verwaltung nichts an. (Beifall links.) Sie (nach rechts) stehen eben auf dem Standpunkt *cujus regio, ejus religio* (Wer die Herrschaft hat, bestimmt den Glauben), den Luther als einen niederträchtigen Standpunkt treffend gekennzeichnet hat. (Sehr gut! links.) Beim Reichs-Eisenbahner-Tag werde der Minister auch unter der Kontrolle der Herren Bebel und Singer stehen. Darüber brauche man sich nicht aufregen. Der Minister müsse im Reichstag verfassungsmäßig jedem Abgeordneten Rede stehen. Redner fordert zum Schluß eine Herabsetzung der Gütertarife. (Beifall links.)

Ministerialdirektor **Möhlhausen** erklärt sich erneut gegen eine Ermäßigung der Gütertarife. Ein **Schlussantrag** wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluss 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Budget-Kommission.

In der Sitzung am Mittwoch wurde mit der Beratung der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Militär-Etats begonnen. Die meisten Forderungen werden unverändert bewilligt. Gefürzt werden nur: die VI. Rate für den Neubau von Magazingebäuden in Köln um 130 000 M. und die VI. Rate für den Bau des Bekleidungsamtes in Wahrensdorf um 150 000 M., weil noch genügend Mittel zur Fortsetzung dieser Bauten vorhanden seien. Gestrichen wurde die Forderung von 120 000 M. für die Herstellung vorläufiger Unterkunft für eine Eskadron Jäger zu Pferde in Graudenz in Konsequenz des Beschlusses der Kommission, demzufolge die Ueberfiedelung der Jäger nach Graudenz in diesem Jahre noch nicht erfolgen soll. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich darüber, ob in Krieg eine Garnisonbäckerei errichtet werden soll. Graf v. Noon sprach sich dagegen aus, weil eine landwirtschaftliche Genossenschaft darauf rechte, daß sie die Brotlieferung erhalte. Die Abgeordneten Müller-Julda und Müller-Sagan wollen die Brotlieferung für die Bäckereimeister reservieren. Die Heeresverwaltung legte ausführlich klar, daß die Herstellung des Kommissärbrottes in Garnisonbäckereien unbedingt notwendig sei, damit dem Heere ein wirklich gutes Brot geliefert werden könne. Schließlich wurde die Forderung gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der meisten Centrums-Abgeordneten genehmigt. — Für Frankfurt a. M. ist wieder einmal ein Prachtbau von Reich wegen geplant. Begründet ist dieser Plan in einer Weise, der bei allen Mitgliedern der Kommission lebhaften Widerspruch hervorrief. Es wird nämlich behauptet, daß die Wohnung, welche die Militärverwaltung dem dortigen kommandierenden General für 22 000 Mark pro Jahr gemietet hat, nur den bescheidensten Ansprüchen einer Familie von wenigen Mitgliedern entspreche. Aus diesem Grunde müsse jetzt ein Grundstüd erworben und ein Neubau errichtet werden mit einem Kostenaufwand, dessen Verzinsung

sich auf 60 000 bis 70 000 M. pro Jahr stellen würde. Da aber dieser Eifer der Regierung, die Wohnungsnot zu bekämpfen, in der Kommission keinen Anklang fand, trat die Heeresverwaltung dafür ein, daß wenigstens das in Aussicht genommene Grundstüd erworben werden sollte. Die Stadt Frankfurt habe schon längst gewünscht, die dortige Hauptwache, welche an einer wichtigen Verkehrsstelle gelegen ist, zu erwerben. Sie wolle jetzt dieses Grundstüd und ein andres, ähnlich gelegenes Gebäude des Militärkasinos gegen einen Platz austauschen, der für den Militärkasinos sehr günstig liege. Dagegen wurde das Bedenken geltend gemacht, daß, wenn erst das Grundstüd vom Militärkasinos erworben ist, der Plan für den neuen Prachtbau um so sicherer wiederkehren werde. Die Debatte mußte schließlich auf morgen vertagt werden.

## Partei-Nachrichten.

Zur Agitation für die Reichstagswahlen wird das Central-Komitee der sächsischen Parteigenossen ein Handbuch „Sächsische Politik“ herausgeben. Das Buch wird in 8—10 Hefen à 20 Pf. ausgegeben und Ende März zu erscheinen beginnen.

Genosse **Stadthagen** ist von seiner Erholungsreise gesund zurückgekehrt und hat gestern bereits an den Verhandlungen des Reichstages wieder teilgenommen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In 3 Wochen Gefängnis wurde der Redakteur des Volksblattes für Anhalt, Genosse **Günther** in Dessau verurteilt. Er soll einen Stadtrat und eine Kreisdirektion beleidigt haben.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Zum **Bäckerstreik** bei Goldader. Herr Goldader stößt gegen die Streikenden allerhand fürchterliche Drohungen aus, die bei diesen allerdings nur den Humor reizen. So hatte er vor kurzem geäußert, daß er dafür sorgen wolle, daß die Streikenden beim Innungs-Arbeitsnachweis keine Arbeit bekommen sollten. „Sie sollen laufen, bis sie schwarz werden!“ hatte er sich geschmackvoll ausgedrückt. Es scheint auch so, als wenn jetzt wirklich die Einküsterungen dieses Herrn bei den ohnehin ausperungslustigen Innungssprechämtern geschrumpft hätten. So wurde seitens des Innungssprechmeisters Vogel einem Streikenden die Eintragung in die Arbeitsnachweisliste verweigert. Die Organisation wird sofort die nötigen Schritte veranlassen und dem Innungssprechmeister seine Pflichten lehren, das Publikum aber wird es Herrn Goldader, der seine ehemaligen Arbeiter noch mit der Hungerpeitsche verfolgen möchte, es recht deutlich fühlen lassen, daß man in der heutigen Zeit nicht ungestraft mahrgeln darf. Herr Goldader aber wird noch lange warten können, ehe er Organisierte aushungern kann, und zwar so lange, bis er schwarz wird.“

### Der Vorstand des Bäckerverbandes.

In dem **Steindrucker-Betrieb** der Blechballagen-Fabrik von Schäfers Nachf., Berlin, Ligowstr. 107/8, haben sämtliche Verbandskollegen infolge des unkollegialen Verhaltens eines zur Zeit noch dort beschäftigten Maschinenmeisters die Arbeit niedergelegt.

Die Firma **B. Hagelberg**, Berlin, Marienstr. 19/20, beschäftigt, durch Lohnabzüge das Verlustkonto für beim Brand gesprengter Steine aus die in Frage kommenden Arbeiter zu übertragen, und ist aus diesem Grunde die Firma für gesperrt erklärt.

### Zugzug ist fernzuhalten.

### Die Ortsverwaltung.

Für **Holzarbeiter** ist der Zugzug nach Großenhain in Sachsen Differenzen halber streng fernzuhalten.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin).

**Holierer.** Am 21. Februar sind die Kollegen der Firma **Rheinhold u. Co.** ausgeperrt worden, weil dieselben die ihnen von dem Vertreter Steinbrück gestellten neuen Reisebedingungen nicht anerkennen konnten. Die Kollegen werden erucht, den Zugzug streng fern zu halten.

### Der Arbeitsnachweis der Holierer befindet sich Dragonerstr. 15.

**Son der Berliner Volksbrauerei** (Oskar Rosenthal), Gräfestr. 8, erhalten wir folgendes Schreiben: In Ihrer Ausgabe vom Sonntag, den 22. d. M., behaupten Sie, daß ich entgegen den Abmachungen mit der Lokalkommission der Jungbierfahrer, einen Aufsicht nicht wieder eingestellt hätte. Diese Behauptung ist unrichtig und verhält sich die Angelegenheit folgendermaßen. Ich habe sofort mich bereit erklärt, beide Aufsicht einzustellen (es handelt sich um zwei, nicht um einen Fahrer), doch haben beide ihre Stellung nicht angetreten und zwar ohne jede Entschuldigung.

**Aus Liebenwalde** wird uns geschrieben, daß die in der dortigen Schneidemühle beschäftigten Arbeiter im vorigen Sommer einen Stundenlohn von 22 bis 25 Pf. erhielten. Um den Lohn noch mehr zu drücken, verfügte der Unternehmer, daß hinfür in Accord gearbeitet werden solle, und als das dann auch geschah, da sahen die Arbeiter bei der nächsten Lohnzahlung, daß sie nur 7 1/2 bis 15 Pf. pro Stunde verdient hatten. Hierdurch kam den betreffenden Arbeitern zum Bewußtsein, daß sie nur durch die Organisation menschwürdige Löhne erringen können, sie schlossen sich dem Verbands der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter an und werden am nächsten Sonntag die erste Mitgliederversammlung abhalten.

### Deutsches Reich.

Ein **Konflikt** ist, wie man uns aus Mannheim schreibt, in der dortigen, etwa 2500 Arbeiter beschäftigenden Maschinen- und Lokomotivfabrik **Heinrich Lanz** ausgebrochen. Schon im November vorigen Jahres wurde in der Kesselschmiede der Versuch gemacht, eine sogenannte **Kalkulations-Kontrolluhr** zur Einführung zu bringen, um sie später allmählich im ganzen Betriebe heimisch zu machen. Mittels der Uhr soll die Arbeitszeit der einzelnen Accorde bis auf die Minute genau kontrolliert und dann der Satz für denselben nach Möglichkeit herabgesetzt werden. Am Sonntag hat eine Versammlung durch einstimmige Annahme einer Resolution die Arbeiter einer einzelnen Abteilung, die Kesselschmiede, beauftragt, vom Dienstag ab das Stechen der Kontrolluhren zu verweigern und dadurch der Einführung derselben im ganzen Betriebe vorzubeugen. Die Kesselschmiede, Rieter und Stemmer brachten den Versammlungsbeschluss zur Ausführung, worauf ihnen die Geschäftsleitung die Verteilung von Arbeit verweigerte. In der Stärke von etwa 150 Mann verließen die Arbeiter darauf die Fabrik.

Im **Fernhaltung** des **Zuzuges** erucht die **Mannheimer Ortsverwaltung** des **Metallarbeiter-Verbandes**.

Die **Schneidergeschissen** in **Jena** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Neben der Erhöhung der bisher gezahlten Stücklöhne verlangen sie Abschaffung der **Heimarbeit**, Errichtung von **Betriebswerkstätten** und **zehnstündige Arbeitszeit**. Die Arbeitgeber der ersten Tarifklasse haben die Forderungen mit einem **Gegentarif** beantwortet; sie erklären sich lediglich zu **kleinen materiellen Zugeständnissen** bereit, lehnen aber alle andern Forderungen ab und wollen nicht mit der **Lohnkommission** verhandeln. Da sich die **Geschissen** der betreffenden **Geschäfte** weigerten, den **Meistertarif** anzuerkennen, wurde ihnen **gelündigt**; es sind dies etwa 40 Mann. Im ganzen kommen etwa 90 **Geschissen** in Betracht, die zum größten Teil organisiert sind.

Das **Central-Komitee** der **Solinger Gewerkschaften** (Gewerkschaftsartell) lag in seinem Jahresbericht für 1902, daß die wirtschaftliche Krise auch auf die **Gewerkschaftsbewegung** Solingens infolge eingewirkt hat, daß ein großer Teil der **Gewerkschaften** ihre **Tätigkeit** der **Abwehr** von **Verflechtungen** der **Arbeitsbedingungen** widmen mußten. Am empfindlichsten waren die **vorarbeitenden Betriebe**, **Schlagerei** und **Gießerei**, von der **Krise** betroffen. Hier war die **Arbeitszeit** teilweise fast das ganze Jahr hindurch auf drei Tage

in der Woche herabgesetzt. Trotzdem konnten diese Betriebe die bestehenden Arbeitsbedingungen erhalten. Nicht minder waren die **handindustriellen Betriebe**, wie **Schleifer**, **Ausmacher**, **Reiber**, **Feller**, **Nagler** usw. von der **Arbeitslosigkeit** betroffen, jedoch ist eine **Kontrolle** über den Umfang derselben nicht möglich. — Der **Gedanke** der **gewerkschaftlichen Centralorganisation** hat in **Solingen** fast noch gar keinen Boden gefunden. Das mag daran liegen, daß die dort herrschende **Stahlwarenindustrie** sich auf **Solingen** und die nächste Umgebung beschränkt und die in den zahlreichen Teilbetrieben beschäftigten Arbeiter glauben, sich auch hinsichtlich ihrer **Organisation** auf den heimischen Kreis beschränken zu können. Dem **Central-Komitee** sind 43 **Gewerkschaften** mit etwa 8000 **Mitgliedern** angeschlossen, davon gehören 28 **Zachvereine** den verschiedenen Branchen der **Stahlwarenindustrie** an. Neuerdings hat auch in **Solingen** die **Kücherei** Platz gegriffen, daß sich die **gewerkschaftlichen Interessen** in der **Centralorganisation** besser wahrnehmen lassen, wie bei der gegenwärtigen **zersplitterten** in zahlreiche **Zachvereine**. Mit Rücksicht darauf, daß in **Solingen** ein **Unternehmerverband** ins Leben getreten ist, der sich gegen die **Vertretung** der **wirtschaftlichen Interessen** der **Arbeiter** richtet, ist aus den **Gewerkschaften** der **Vorschlag** gemacht worden, an **Stelle** der **zersplitterten** **Zachvereine** einen **großen** **Zachverein** der **Stahlwarenarbeiter** zu setzen. „**Genie**“ — sagt der **Bericht** — „wird in den **kleinen** **Organisationen** eine **Unsumme** von **Zeit** und **Geld** verzettelt, lediglich um die **Organisationen** lebensfähig zu erhalten und nur einige größere **Vereine** vermögen es noch zu einem **Achtungserfolg** zu bringen und die **Preisdrücke** der **Unternehmer** abzuwehren.“ Weiter wird ausgeführt, daß ein **Industrieverband** natürlich die **Interessen** aller **Berufe** wirksamer vertreten könne. Gelingt dem **Central-Komitee** die **praktische** **Durchführung** dieses **Gedankens**, so dürfte — wie der **Bericht** mit **vollen** **Recht** sagt — der **Solinger** **Schwarzarbeiterverband** mit seinen **Plänen** sehr bald das **Rochsehen** haben und die **Solinger** **Gewerkschaftsbewegung** einen **weiteren** **Fortschritt** in ihrer **Entwicklung** verzeichnen.

### Ausland.

Die **Lithographen** der Firma **J. L. Goffart** in **Brüssel** befinden sich im **Streik**. Sie fordern eine **Aufbesserung** der **Löhne**, die gegenwärtig 35—55 Centimes (28—44 Pf.) pro **Stunde** betragen und **Herabsetzung** der **jetzt** **zwei** **stündigen** **Arbeitszeit**. Das **Streik-Komitee** erucht die **deutschen** **Kollegen**, den **Zugzug** nach **Brüssel** fernzuhalten.

Der **niederländische** **Verband** der **Arbeiter** und **Arbeiterinnen** der **Bekleidungsindustrie** hat im **letzten** **Jahre** **gute** **Fortschritte** gemacht. Die **Zahl** der **Mitglieder** ist von **300** auf **1100** gestiegen. Die  **kürzlich** **abgehaltene** **Jahresversammlung** beschloß, daß eine **Bewegung** für **Einführung** eines **bestimmten** **Minimallohnes** entfaltet werden soll.

## Aus der Frauenbewegung.

Was haben die **Frauen** von der **heutigen** **Gesellschaft** und **Staats-Ordnung** zu erwarten? Mit dieser **Frage** beschäftigten sich am **21. Februar** zwei **zahlreiche** **besuchte** **Volkerversammlungen**, die von den **sozialdemokratischen** **Frauen** **arrangiert** worden waren und an denen auch viele **Frauen** teilnahmen.

Im **Roabiter** **Gesellschaftshaus** sprach vor etwa 1000 **Personen** **Reichstags-Abgeordneter** **L e d e b o u r**. Nach **interessanten** **Rückblicken** auf die **verschiedenen** **Epochen** der **Rechtsgeschichte**, mit **besonderer** **Berücksichtigung** der **Stellung** der **Frau**, **bedeutsamer** **Redner** unter **häufigen** **lebhaften** **Beifallsbezeugungen** der **andächtigen** **Zuhörerinnen** und **Zuhörer** unser **heutiges** **Wirtschafts- und** **Rechtsleben**. Obwohl der **Kapitalismus** die **Frauen** **hineingerissen** habe in das **moderne** **Wirtschaftsgebäude**, **suche** man **ihre** **untergeordnete** **rechtliche** **Stellung** **aufrecht** zu **erhalten**. Die **bekannten** **Einwände** gegen die **erste** **öffentliche** **rechtliche** **Gleichstellung** der **Frau** mit dem **Manne** zeigte **Redner**, sie **kritisch** **zerlegend**, in **ihrer** **ganzen** **Unlogik**. Als **einen** **akt** **besonderer** **Rückständigkeit** hob er **hervor**, daß die **Frauen** **sogar** zu **mehr** **wirtschaftlichen** **Rechtsinstituten**, wie es die **Genossenschaft** und die in **Ausicht** **stehenden** **Kaufmannsgerichte** seien, **nicht** mal ein **Wahlrecht** hätten, **beziehungsweise** **nicht** **erhalten** sollten. Hierbei **streichte** er **auch** die **Novelle** zum **Krankenversicherungs-gesetz**. Es **muße** **auch** **heute** **schon** für die **Gleichberechtigung** der **Frau**, die **ihre** **der** **Sozialismus** **verheißt**, **eingetreten** werden, **ohne** **Rücksicht** auf die **Bedanken** **mancher** **Parteiengenossen**, daß die **Frauen** in der **Reinheit** **zunächst** **einen** **der** **Sozialdemokratie** **ungünstigen** **Gebrauch** von **Wahlrecht** zu den **Parlamenten** machen könnten, **denn** das **Wahlrecht** **selber** **wäre** **das** **beste** **politische** **Erziehungsmittel**. Zum **Schlusse** **seines** **beinahe** **zweistündigen** **Vortrages** **unterbreitete** **Redner** **den** **Versammelten** **noch** **einige** **Proben** **kapitalistischer** **Ausbeutung** **und** **Moral** **und** **zeigte**, daß die **Frau** wie der **Proletariat** **nichts** von der **heutigen** **Gesellschaft** zu erwarten haben. **Ihre** **Interesse** als **Frau** und als **Proletarin** **verträte** sie **am** **besten**, **wenn** sie **in** **das** **große** **Heer** **eiintre**, **das** **für** **die** **Befreiung** **des** **Proletariats** **kämpft**. (Stürmischer **Beifall**.) — Nach **Annahme** **der** **unterstehenden** **Resolution** **schloß** die **Versammlung** mit **dreimaligen** **Hochs** auf die **Sozialdemokratie** **und** **auf** **den** **Referenten**.

Im **Saal** von **Bernau**, **Schwebderstraße**, **wo** **sich** **etwa** **500** **Personen** **versammelt** **hatten**, referierte der **Reichstags-Abgeordnete** **A l b r e c h t**, der **sich** **eingehend** **über** **den** **Entwurf** **des** **Gesetzes** **über** **die** **laufmännlichen** **Schiedsgerichte** **und** **über** **die** **Novelle** **zum** **Krankenversicherungs-gesetz** **verbreitete**. **Redner** **schloß** **unter** **lebhaftem** **Beifall** **mit** **einem** **Hinweis** **auf** **die** **bedrohenden** **Reichstagswahlen**. — **Am** **Disputation** **beteiligten** **sich** **Frau** **Rau** **und** **Felix** **Fränkel**, der **eine** **Resolution** **einbrachte** **und** **begründete**, **durch** **die** **der** **Reichstag** **erucht** **wird**, **im** **§** **6a** **Absatz** **2** **des** **Krankenversicherungs-gesetzes** **nicht** **nur** **die** **Worte** **„geschlechtliche** **Ausweisungen“**, **sondern** **auch** **die** **Worte** **„durch** **Trunkfälligkeit“** **zu** **streichen**. **Trunkfälligkeit** **sei** **eine** **Krankheit**, **die** **heilt**, **nicht** **aber** **bekroft** **werden** **müßte**. Die **Resolution** **wurde** **einstimmig** **angenommen**.

Die **Verfassungen** **legten** **durch** **einstimmig** **angenommene** **Resolutionen** **gleichen** **Inhalts** **„energievolle** **Verwahrung** **ein** **gegen** **die** **reaktionären** **Bestimmungen** **in** **der** **Novelle** **zum** **Krankenversicherungs-gesetz** **sowie** **in** **dem** **Entwurf** **der** **laufmännlichen** **Schiedsgerichte**. Die **Eingriffe** **in** **die** **Selbstverwaltung** **der** **Kassenorgane** **werden** **entschieden** **zurückgewiesen** **und** **die** **Vorenthaltung** **des** **Wahlrechts** **der** **Frauen** **zu** **den** **laufmännlichen** **Schiedsgerichten** **für** **nicht** **vereinbar** **mit** **der** **sozialpolitischen** **Stellung** **der** **Frau** **im** **modernen** **Wirtschaftsleben** **erklärt**. **Zugleich** **verpflichteten** **sich** **die** **Versammelten** **bei** **den** **Reichstagswahlen** **treu** **und** **fest** **zur** **sozialdemokratischen** **Partei** **zu** **halten**.“

Die **Tätigkeit** **der** **Affistentinnen** **erfährt** **in** **dem** **Diebstahligen** **Bericht** **der** **bayerischen** **Genossenschaft** **folgende** **Beurteilung**:

„Was die **weiblichen** **Aufsichtsbeamten** **betrifft**, so **vollzog** **sich** **deren** **Diensttätigkeit** **im** **Verlaufs** **Jahre** **in** **befriedigender** **Weise**. **Der** **Verkehr** **mit** **den** **Arbeitgebern** **widmete** **sich** **fast** **durchweg** **glatt** **ab**, **und** **es** **ist** **besonders** **hervorzuheben**, **daß** **die** **früher** **da** **und** **dort** **bestandene** **Mißstimmung** **gegen** **die** **weiblichen** **Beamten** **einem** **die** **Sache** **fördernden** **Entgegenkommen** **gewichen** **ist**.“

Die **Arbeiterinnen** **selbst** **zeigen**, **nachdem** **ihnen** **das** **Erreichen** **der** **Affistentinnen** **nicht** **mehr** **neu** **und** **deren** **Tätigkeit** **bekannt** **ist**, **erhöhtes** **Interesse** **und** **Vertrauen**.

Diesem **Fortschritte** **ist** **es** **zuzuschreiben**, **daß** **die** **Arbeiterinnen** **Anfragen** **und** **Beschwerden** **nunmehr** **häufiger** **gelegentlich** **der** **Weg** **hierzuhin** **wählen**; **die** **Sprechstunden** **werden** **nur** **sehr** **wenig** **besucht**. **Außer** **der** **Revisions-tätigkeit** **finden** **die** **Affistentinnen** **auch** **im** **inneren** **Dienste** **Verwendung**.“

## Verfammlungen.

Die **Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter** **besaßen** **sich** **am** **Montag** **in** **einer** **außerordentlichen** **Generalversammlung** **mit** **der** **Einführung** **der** **obligatorischen** **Arbeitslosen** **Unterstützung**. **Schon** **vor** **Jahresfrist** **war** **der** **Verband** **dieser** **Frage** **näher** **getreten**, **doch** **infolge** **des** **Kampfes** **gegen** **den** **Arbeitsnachweis** **der** **Holzindustriellen** **hatte** **man** **sich** **vorläufig** **mit** **einer** **provisorischen** **Arbeitslosen-**

Unterstützung befragt. In der Januar-Verammlung wurde dann ein Vorstandsantrag auf Aufhebung des Provisoriums abgelehnt und eine Kommission eingesetzt zur Ausarbeitung eines Regulatoriums zwecks Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung. Die Kommission erstattete nunmehr Bericht, indem sie auf Grund rechnerischer Unterlagen folgende Unterstützungssätze empfahl: Nach einjähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung von mindestens 65 Wochen = 1,25 M. pro Tag, nach 2jähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung von mindestens 91 Wochen gleich 1,50 M. pro Tag, nach 3jähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung von mindestens 130 Wochen = 1,75 M. pro Tag, nach 5jähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung von mindestens 221 Wochen gleich 2,00 M. pro Tag.

Vorstehende Sätze sollen nach Ablauf von 6 Arbeitstagen auf die Dauer von 6 Wochen ausschließlich der Sonn- und Feiertage gewährt werden. Zur Durchführung derselben hielt die Kommission eine Beitragsberechnung auf 60 Pf. pro Woche für ausreichend.

In der lebhaften Debatte wurde an dem Entwurf der Kommission eine vielseitige Kritik geübt, deren Resultat schließlich folgende Beschlüsse bildeten:

1. Es soll eine Urabstimmung darüber vorgenommen werden, ob sich die Mitglieder für Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung unter gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge erklären oder nicht.

2. Soll die bisherige provisorische Arbeitslosen-Unterstützung vom 1. März d. J. aufgehoben werden.

Zum Schluß wurde den streitenden Kollegen in Oberberg eine Unterstützung von 200 M. bewilligt.

In der Militärschneider-Verammlung, die am Montag in den Arminkallen stattfand und außerordentlich zahlreich besucht war, sprach Zäterow über die Militärschneider-Konferenz vom 8. und 9. Februar. Der Redner sprach sich dafür aus, daß, nachdem sich nun die Kollegen der Branche mehr und mehr der Organisation angeschlossen haben, in diesem Jahre den Unternehmern der im vorigen Jahre gefestigte Tarif wieder vorgelegt werden müsse, daß man sich aber nicht wieder wie damals in ein unfruchtbares Diplomatieren einlassen könne. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An dem Tarif sind auf Grund eingehender

Beratungen einige Änderungen und Berichtigungen vorgenommen worden. Sie wurden der Verammlung unterbreitet und ohne Widerspruch gutgeheißen. Nach kurzer Diskussion, in der wiederholt zum Anschluß an die Organisation und zu solidarischem Verhalten aufgefordert wurde, nahm die Verammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die Verammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Militärschneider-Konferenz einverstanden und verspricht, die im vergangenen Jahre vertagte Bewegung der Militärschneider im Sinne der gefassten Beschlüsse weiter zu verfolgen.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals wählte in der Verammlung am 21. Februar zu dem im April stattfindenden Verbandstage die Kollegen Kopechle, Schäfer und Gallauch. Sämtliche zu dem Verbandstage eingeladenen Anträge wurden dem Centralvorstande überwiesen. Die Kollegen, die ihre Anträge noch nicht eingereicht haben, wurden ersucht, dieselben baldigst dem Centralvorstande zu unterbreiten.

Für die in Bade-Anstalten beschäftigten Personen fand am 23. Februar eine Verammlung im Gewerkschaftshause statt. Genosse Link führte den Anwesenden in einem beifällig aufgenommenen Vortrage den Wert der Organisation vor Augen. Von den Diskussionsrednern wurden verschiedene in Bade-Anstalten herrschende Mißstände erörtert. Die Verammlung nahm eine Resolution an, welche dem Badeanstalts-Personal den Anschluß an den Verband des Massagen-, Bade- und Krankenpflege-Personals zur Pflicht macht.

In der letzten Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurde nach den, dem gedruckten Jahresbericht ergänzenden Berichten Josts und Menges, zur Neuwahl des Ausschusses geschritten. Gewählt wurde Zimmerer Weismantel, Porzellanarbeiter Steinigt, Maler Jost, Holzarbeiter Gammel und Gaswirtegehilfe Bohla. Jost wurde als Obmann gewählt. Ein Antrag des Ausschusses, sämtliche Gewerkschaften sollen ihre ausführlichen Jahresberichte mit dem Jahresbericht der Kommission veröffentlichen und pro Druckseite berechnete Beiträge hierzu leisten, wurde, nachdem Jost denselben näher erläutert hatte, den einzelnen Gewerkschaften zur Erwägung überwiesen und soll demnächst Beschluß hierüber gefaßt werden. Es kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Beratung. Entschuldigt fehlten die Buchdrucker und Plätterinnen. Nicht entschuldigt die Rajahmisten und Heizer.

**Adlershof.** Der hiesige socialdemokratische Wahlverein hielt am 10. d. M. im Lokal des Herrn Redner eine außerordentliche General-Verammlung ab. Löwenthal gab den Massenbericht für das erste Quartal, welcher mit Einnahme und Ausgabe von 224,85 M. abschließt. Der Mitgliederstand hob sich in derselben Zeit von 160 auf 175 und beträgt zur Zeit 190. Die vom Vorstand wegen Uebernahme der Zeitungspedition beantragte Statuten-Änderung wurde nach keinen Änderungen genehmigt. Hierauf hielt Dr. Alfred Bernheim einen interessanten, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Schul-Hygiene“, dem eine kurze Diskussion folgte, in welcher der Gemeindevorsteher Hilbrandt bezüglich der hygienischen Zustände in unserm Orte berichtete. Nachdem Hise als Zeitungspeditioneur und Lavin, Lau und Bötelmann als Revisoren der Zeitungspedition gewählt waren, erfolgte mit dem Hinweis auf die am 1. März stattfindende Frauen-Verammlung Schluß der gutbesuchten Verammlung.

**Friedrichshagen.** Am 21. Februar hielt der Arbeiter-Bildungsverein seine Mitglieder-Verammlung ab, in welcher Dr. Wenl einen Vortrag hielt über: „Die Grenzen der öffentlichen Gesundheitspflege in der heutigen Gesellschaftsordnung“. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion.

**Witterungsbericht vom 25. Februar 1903, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (M. = 48 F.)	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (M. = 48 F.)
Stettin	764	SW	5/8	hd	2	Saparanda	755	SW	2/8	hd	-10
Danzig	760	SW	6/8	bedt	2	Petersburg	755	SW	2/8	bedt	-3
Berlin	766	SW	2/8	bedt	3	Warschau	749	SW	3/8	bedt	4
Frankf./M.	767	SW	2/8	bedt	3	Berlin	764	SW	4/8	bedt	7
München	770	SW	1/8	bedt	1						
Wien	771	SW	1/8	bedt	1						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. Februar 1903.**

Mild, jedoch vorherrschend wolfig mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Donnerstag, 26. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Obernhaus.** Der fliegende Holländer.  
**Schauspielhaus.** Die Welt, in der man sich langweilt.  
Deutsches Haus.  
Berliner. Alt-Heidelberg.  
Festung. Der blinde Passagier.  
Neues. Die Lokalbahn.  
Residenz. Lutti (Louie).  
Westen. Der Propheet.  
Central. Das Mädchen von der Heilsarmee.  
Thalia. Der Cameliennel.  
Belle-Alliance. Am Telefon.  
Herauf: Cupido u. Co.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater). Wohlthätige Frauen.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater). Das zweite Gesicht.  
Carl Weik. Berliner Rangen.  
Buntes. Die Kinder der Excellenz.  
Luisen. Der Hüttenbesitzer.  
Kleines. Nachspiel.  
Trianon. Die Kaiserin.  
Metropol. Neues! Allerneuestes!  
Castro. Cavalleria rusticana.  
Wintergarten. Specialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Steidl. Steidl-Sänger.  
Passage-Theater. Specialitäten.  
Passage-Panoptikum. Specialitäten.  
Palast. Berliner Luft. Specialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Jubiläumsstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater**  
Heute Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ensemble-Gastspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft:  
**Das Mädchen von der Heilsarmee.**  
Amerikanische Operette in 5 Bildern.  
Freitag, den 27. Febr., zum erstenmal: **Griffin Papi.** Oper. v. J. Strauß.  
**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstraße 72/73.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Der Cameliennel.**  
Morgen und folgende Tage: **Der Cameliennel.**  
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: **Charleys Tante.**  
**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Hüttenbesitzer.**  
Freitag 3. erstmalig: **Otto der Faule.**  
Sonabend: **Otto der Faule.**  
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**  
8 Uhr: **Otto der Faule.**  
Montag: **Die Cameliennel.**  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
**Am Telefon.**  
Drama in 3 Aufzügen.  
8 1/2 Uhr:  
**Cupido & Co.**  
Schwank mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen.  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble**  
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.  
Donnerstag, den 26. Februar 1903:  
**Othello,**  
der Mohr von Venedig.  
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

**Urania.**

Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstraße 165.  
**Neu! Miss Karri**  
die schöne Tätowierte.  
Neu ausgestellt:  
**Otto Reutter.**  
Gr. Promenaden-Konzert.

**Passage-Theater.**  
Letzte Woche  
dessaensationalen Februar-Programms.  
Anf. Sonn. 3. Wechent. 5. Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.  
die  
**AGA** schwebende  
Jungfrau.  
Wettfahrt im Todesring.  
**Willy Prager.**  
14. erstklassige Nummern.

**Metropol-Theater.**  
Heute  
Zum **50.** Male:  
Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern von J. Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
**Gastspiel Julius Spielmann.**  
**Emil Thomas a. G., Henri Bender,**  
**Frid Frid, Fl. Sidig, Hansi Reichsberg.**  
300 Mitwirkende.  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.  
**Sonabend, den 7. März:**  
**Letzter Metropol-Theater-Ball.**

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Lutti (Louie).**  
Schwank in 4 Akten von Pierre Weber.  
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**  
Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Sein Doppelgänger.**

**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.  
**Grosser Bock-Trübel.**  
Um 10 Uhr abends  
Einzug Gaminus mit Gefolge.

**Schiller-Theater.**

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Wohlthätige Frauen.**  
Lustspiel in 4 Akten von Ad. P. Maxenge.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Wohlthätige Frauen.**  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Wohlthätige Frauen.**  
**Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Das zweite Gesicht.**  
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Das zweite Gesicht.**  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Das zweite Gesicht.**

**Freie Volksbühne.**  
Sonabend, den 14. März, abends 8 Uhr,  
in den Sälen der Brauerei Friedrichshain, am Königsthor:  
**März-Feier.**  
Das Programm besteht aus einem

**Beethoven-Konzert**

ausgeführt vom  
**Berliner Tonkünstler-Orchester**  
(55 Musiker).  
Dirigent: Franz von Blon. Violinist: Konzertmeister Alexander Wittenberg.  
**Recitation:** Fräul. Luise Dumont vom Deutschen Theater.  
Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen nur für Mitglieder erhältlich.

**Sonntag, den 1. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:**  
**Metropol-Theater.** 13./14. Abteilung. **L'intruse.**  
**Der Kammermäder.** Litteratur.  
Die Bühnenhefte No. 6 u. 7 sind in den Zahlstellen erhältlich. Der Theaterzettel wird im Theater unentgeltlich verabfolgt.  
**8. Serie im Metropol-Theater vom 8. März ab:**  
**Helden.**  
Komödie in 3 Aufzügen von Bernhard Shaw.  
228/9  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Cirkus Schumann**

Donnerstag, den 26. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Gala-Abend.**  
Exquisites Gala-Programm.  
**Vorletztes Auftreten**  
des phänomenalen Radfahrers **Mr. Diavolo**

**Looping the Loop.**  
Die neuen Debüts.  
**Die lustigen Heidelberger.**  
Sonntagnachmittag die reizende Pantomime: **Pierrots Weihnachten** mit dem Bonboureign.

**Gratweils Bierhallen**  
Theater u. Variété  
Rommendanner-Strasse 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Täglich: **Carl Vorstellung.**  
Das grosse amüsante **februar-Programm.**  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:  
**TANZ.**

**Pariser Weltausstellung 1900.**  
Von der Internationalen Jury wurden den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX** der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt. Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunstnäherlei sowie industrielle Zwecke jeder Art verbanken Ihren Besitzern der missergütigen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Stumpfstickerei. **Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.** Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5172

Besteht seit 1811.  
**Mehlhandlung von Johannes Friese**  
Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39)  
empfiehlt ihre anerkannten besten Wehle als:  
**Kaiser-Auszug (reines Pester)**  
1/2 Ctr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.  
**Weizenmehl 00 (halb Auszug)** 2354L\*  
1/2 Ctr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.  
do. **0 (Haynau 00)**  
1/2 Ctr. = 1,75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.  
Gutfehlende, lauter verfeinerte Hülsenfrüchte zu soliden Preisen.

**Apollo-Theater.**  
Heute u. Sonabend 8 Uhr:  
**Nakiris Hochzeit.**  
Um 9 1/2 Uhr: Sensation. Specialitäten.  
Um 10 1/2 Uhr:  
**America Creole-Cake-Walk-Tänzer.**  
**Rob. Steidl** mit neuen Schlegeln.  
Freitag und Sonntag:  
**Frau Luna.**  
Sonntagnachmittag: **Lysistrata.**  
Kleine Preise!

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtsyl.**  
**Buntes Theater**  
Köpenickerstrasse 68.  
Anfang abends 8 Uhr.  
**Volkstümliche Vorstellung**  
(Parkett 1,60 M.).  
**JUGEND.**  
Sonabend, den 28. Februar, zum erstenmal: **Winterschlaf.**

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22. Früher: Zren-Palast.  
8 1/2 Uhr. Hiesigerfolg. 8 1/2 Uhr.  
**Berliner Luft.**  
Operettenposse in 3 Akten von Hofde.  
Zwickel. Dir. R. Winkler.  
Sonabend, den 28. Februar 1903:  
**Grosses Bockbier-Jubil.-u. Trübelfest**  
Ehren- u. Vorzugsgarben gültig.  
Freitanz mit Prämien.  
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 U. Entree 50 Pf.

**Königstadt-Casino.**  
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.  
Täglich erill. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonabend und Sonntag **Tanzkränzen.**  
Anf. Sonnt. 8. Sonntags 6 Uhr.  
**Keine erhöhten Preise!!**

**Casino-Theater**  
Köpenickerstr. 37.  
**Nur noch 2 Tage:**  
**Lehmann - Cavalleria.**  
Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Die Brill. Specialit.  
Sonabend 3. erstmalig: **Berliner Horren.**  
**Carl Weiss-Theater.**  
Niederanstreten des Direktors Herrn Carl Weiss.  
**Berliner Rangen.**  
Grosse Gesangs-Ausstattungsposse in 7 Bildern von Ernst Ritterfeldt.  
Musik von R. Leonhard. Anf. 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Zum letztenmal:  
**Wiedergefunden.**  
Vollständig mit Gesang von A. Keller.  
Freitag: Benefiz für Boyze Starcken.  
Eva. Schauspiel in 5 Akten von Rich. Schj.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang: Sonntag 7. Sonntags 8 Uhr.  
Heute zum erstenmal: **Cavalleria schaufleriana.**  
Den Genossen bringe meine **Blumen- und Kranzbinderei** in empfehlende Erinnerung. 3972\*  
**G. Gey.** Seuffelstr. 64.  
**Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer,**  
nur **Mariannen-Strasse 2.**  
Bereits-Redinge, Palmst.-u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlandes usw. werden fein u. preiswert geliefert.



Lokales.

Das zweite Hummeropfer.

Unser Kollege John hat als zweites Opfer des glorreichen Hummerfeldzuges gestern Blößen gegeben...

Und ob ferner so einem Richter keine Ahnung darüber aufdämmert, welcher Art die Handlung ist, die von ihm zu einem Vergehen geimpelt wird?

Der verantwortliche Redakteur einer oppositionellen Zeitung legt die letzten Korrekturfahnen aus der Hand...

Die auf solche Weise zu stande gekommene Gefängnisstrafe wird mit der vollen in Preußen üblichen Härte vollstreckt...

Gewöhnlich kaufte ich ein Stück Rindfleisch, ein Pfund für den Tag. Das Fleisch kaufte auf dem Markt einer der Invaliden ein...

Weiter erzählt Dostojewski, daß zu Weihnachten sich jeder Gefangene ein Sparschweinchen braten ließ...

In Preußens Anstalten wird es dagegen gebildeten Männern, die es an Respektabilität immerhin mit einem Richter und Staatsanwalt aufnehmen können...

Kann ließe sich, wenn auch kaum auf Grund irgend eines Sittengesetzes, so doch vom Standpunkt der Staatsraison aus eine solche

Behandlung politischer Gefangener am Ende rechtfertigen, wenn diese Straftäter durch „Gefühl“, also in Form der heute noch bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verwandelt werden könnten...

Auch unser Kollege John, dem gestern die Berliner Parteigenossen eine würdige Begrüßungsfeier bereiteten, hat in der siebenmonatlichen Haft schwer an seiner Gesundheit Schaden gelitten...

Wie wird Berlin seine Ausgaben decken?

Neber diese Frage verhandelte der Etats-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung in seiner am Montag stattgehabten Sitzung...

Diese Beschränkung ist allerdings nicht öffentlich ausgesprochen worden. Vor der Öffentlichkeit ist es hauptsächlich der Umstand, daß der Etat der Genehmigung des Oberpräsidenten unterliegt...

Nach den Erklärungen der Vertreter der „großen Fraktion“, der Herren von Cassel, sind diese nun der Ansicht, daß auf jeden Fall verhütet werden muß, in diesem Jahre eine Erhöhung der Steuer vorzunehmen...

Für unsere Parteigenossen im Ausschuss lag die Sache nun so: Auf alle Fälle mußten sie Abstriche am Etat zu verhängen suchen, die überhaupt nur bei den Bau-Etats vorgenommen werden konnten...

Trotzdem noch von anderer Seite auf die Verantwortlichkeit der von Cassel und seinen Freunden empfohlenen Finanzpolitik hingewiesen wurde...

Die Versammlung ersucht den Magistrat nach Abschluß der Stadtberatung mit ihr in gemischter Deputation über die Frage zu beraten...

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer heutigen Sitzung u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorschläge des Ausschusses für Petitionen...

Apparates und die Umänderung der Brausebad-Anlage im städtischen Bobad, — den Jahresabschluss der Hauptkasse der städtischen Werke für die Kassenverwaltung und den Gesamt-Jahresabschluss dieser Kasse für das Etatsjahr 1901...

Die städtische Parkdeputation hat gestern beschlossen, den Leipziger Platz unverändert in seiner jetzigen Gestalt zu belassen...

Der Plan der großen Heeresstraße Berlin-Döberitz drohte daran zu scheitern, daß die Regierung die villenmäßige Bebauung für die Kolonie Westend forderte...

Ein polizeierfahrener Briefträger scheint der bei der Berliner Postanstalt angestellte Bote zu sein, der auf seiner Diensttunne die Briefe B 24 trägt...

Ironische Teilnahme erregt der Neinfall eines spekulativen Hauswirts in der Reindendorferstraße auf dem Wedding...

Ein Schaden von etwa 2000 M. verursachte gestern mittag in der Großen Frankfurterstraße ein Sturm...

Eine Knabenragdie spielte sich gestern abend am Lehrter Bahnhof ab. Von einem entlegenen Ort hörten plötzlich Beamte zwei Schüsse hintereinander fallen...

Zu dem Mordversuch, den der Bauleiter Felix Wollenkarski im Lokal Prinzessinnenstr. 15 an der unbewohnten Martha-Papenstr. verübte, wird noch berichtet: Wollenkarski hat die That, wie durch Zeugen nachgewiesen wird, planmäßig ausgeführt...

